

Smal wöchtl. Bezugspreis: für Februar 2.35. Ein Smal
Bezugsgeb. Anzeige preis: Die 1. Gepl. Zeitung 20. Smal
Stellengebühr 20. Smal. Die Zeitung 20. Smal
Postlängen 20. Smal. Postlängen 20. Smal
Postlängen 20. Smal. Bei Überleitung durch die Post außerdem
Postzulage. Einzel-Nr. 10. Sonntags-Nr. 15. Smal.
Bezüglich der Zeit: Hotel Schloss Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle der Sächsischen Volkszeitung und
Druck und Verlag, Saxonie-Verlagsgesellschaft GmbH,
Dresden-R. 15, Postamtstraße 46, Raum 2022. Post-
abonnement-Dresden 14700

Mittwoch, 11. Februar 1925

Um Gottes höhere Gewalt erträgt jede Verpflichtung
auf Lieferung sonst Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u.
Leistung v. Schadensersatz. Für unbedeutlich u. d. Restliche
übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unverlangt eingelieferte u. mit Rückporto
nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptredakteur: Dr. Gustav Kiberg, Dresden.

Gewinnliste der MPV Februar 1925
befindet sich in der heutigen Nummer

In der Korruptionsperiode

Seit Wochen lebt ein großer Teil der deutschen Presse nur noch von Skandalaffären. Die Leser dieser Zeitungen werden kaum noch wissen, wo ihnen der Kopf steht. Eine „Enthüllung“ überschlägt die andere. Auch Dementierungen liegen dazwischen, aber darauf ist man weniger gespannt, und die Enthüllungspresse weiß das zu genau und beschränkt sich deshalb in diesem Sinne von vornherein auf das nötigste Maß.

Es ist nun zwar eine Selbstverständlichkeit, daß alle öffentlichen Verbrechen und staatlichen Vergehen auch einen Richter finden müssen, und zwar einen strengen, der unweigerlich nach Gesetz und Recht denjenigen brandmarkt, der ein unnützes oder verderbenbringendes Glied der staatlichen Gesellschaft geworden ist. Hier kann es keine Verschleierung geben, weil das Wohl eines Volkes auf dem Spiele steht, hier kann es auch um so weniger mildernde Umstände geben. Als dieses Volk sich gerade in der Nachkriegszeit die schwersten Opfer hat aufzuerlegen lassen müssen. Wir müssen uns aber fragen, von welcher Stelle dieses Richteramt ausgeübt werden soll, und unter welchen Bedingungen es geschehen darf. Kann eine Presse, deren Tendenz offenkundig ist, sich dazu empfohlen, objektiv zu urteilen? Ist sie überhaupt in der Lage, von ihrem reinen parteipolitischen Gesichtspunkt aus und auf Grund reiner Sensationsmeldungen, sich zum Kritiker auszuschreiben? Wir müssen das unter allen Umständen von der Presse, die heute ihre Spalten so ausgiebig mit den Skandalaffären füllt, verneinen. Und zwar um so mehr, als diese Presse in der Vergangenheit bei gefährlichen politischen Situationen sich als so einseitig und „von gewissen Elementen beherrscht“ erwiesen hat, daß sie keinen Anspruch mehr auf Objektivität und Korrektheit machen kann. Vernünftige Leser haben das auch längst erkannt und wenden sich von dem jetzigen Treiben mit Entrüstung ab.

Außer der Presse aber gibt es noch andere „Instanzen“, die sich gesellschaftlich mit der „Aufklärung“ befassen. Das sind die beiden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Man hat bereits von richtlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Untersuchungen (und die Art und Weise, in der sie vor sich gehen) dieser „Behörden“ der ganzen Sache mehr schaden als nützen. Es wird dort in der Tat eine derartige Verhandlungsform geübt, daß sie zu den berechtigten Einwendungen Veranlassung bietet. Unser Gewährsmann berichtet uns beispielweise über den preußischen Untersuchungsausschuß, daß dort insbesondere die Befragungen der Zeugen vielfach nicht unter dem einzigen möglichen Gesichtspunkt der Aufklärung des Tatbestandes veranlaßt werden, sondern nur deshalb, um agitatorischen Bedürfnissen bestimmter Parteirichtungen zu genügen. Untersuchungen, die in solchem tendenziösen Sinne geführt werden, ist allerdings damit von vornherein das Urteil gesprochen. Hier kann von keiner Objektivität und Unparteilichkeit der Ergebnisse mehr gesprochen werden. Des weiteren berichtet derselbe Gewährsmann, der an den Sunden teilnimmt, über eine ausgesprochene Disziplinlosigkeit vieler Mitglieder des Ausschusses. Die allezeit hilfsbereite Presse dieser Disziplinlosen und nur partei-politisch Orientierten tut dann das Weitere zur Verseuchung der öffentlichen Meinung.

Es ist darum zu begrüßen, daß nun endlich die Staatsanwaltschaft und die Untersuchungsbehörde ähnlich wie gegenüber dem Reichstagsausschuß auch gegen die Tätigkeit des preußischen Untersuchungsausschusses offiziell Einspruch erhoben hat. Die Untersuchungsrichter weisen mit Recht auf die Bedenken hin, die durch den jetzigen Verhandlungsgang der Ausschüsse für die gesetzliche Aufklärung der Gerichte erwachsen.

Bekanntlich sahen seinerzeit bei der Regierung im Reich die ersten großen Parteien-Sensationen ein. Wir machten schon damals darauf aufmerksam, daß der eigentliche Sinn und Zweck dieser Enthüllungskampagne der war, unter allen Umständen die Bemühungen Marx' zu durchkreuzen und einzelne Zentrumsänner so herauszukristallisieren, daß die ganze Partei der Mitte und damit natürlich auch die Politik dieser Mitte getroffen würde. Diese Enthüllungen waren schon wochen- und monatlang für diesen Zweck aufgespart worden. Trotzdem man, wie wir schon bemerkten, gegen eine ehrliche Klärstellung nichts einwenden kann, ja sie sogar besonders seitens der Presse fordern und fordern muß, so ist doch aus der Tendenz dieser Klärsteller alles zu erschließen. Und nachdem im Reich die Kabinettsskrise beendet und man nicht das erreichen

Warr preußischer Ministerpräsident?

Heute Neuwahl im Landtag

Berlin, 10. Februar. (Drahtbericht.) Im Preußischen Landtag findet heute um 1 Uhr eine Interfraktionelle Sitzung der Parteien der Weimarer Koalition statt. Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum halten an der Kandidatur des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Marx für den preußischen Ministerpräsidenten fest. Die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei wollen für Dr. v. Kries stimmen, während die Kommunisten den Abg. Pieck präsentieren.

In der um 2 Uhr stattfindenden Plenarsitzung des Preußischen Landtages wird Dr. Marx also voraussichtlich mit knapper Mehrheit zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt werden. Nach der Wahl des Ministerpräsidenten wird das Landtagspräsidium gewählt. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten werden wieder den Sozialdemokraten Barckels für den Posten des Landtagspräsidenten vorschlagen und ihm ihre Stimmen geben.

Berlin, 10. Februar. Zur heutigen Wahl des preußischen Ministerpräsidenten schreibt die Ritter, daß Reichskanzler a. D. Marx als Kandidat des Zentrums voraussichtlich mit derselben Mehrheit gewählt werden wird, wie Braun. Marx werde versuchen, die Wirtschaftspartei zur Stützung seines Kabinetts heranzuziehen. — Paul "Borwitz" soll das Ministerium des Innern unter der Leitung Sevings bleibt. — Der "Berliner Postanzeiger" will wissen, ob am Stelle des bisherigen Abgeordneten Kartels der jetzige Ministerpräsident Braun von der Weimarer Koalition vorgeschlagen wurde.

Die Kandidaturen, die neben Marx genannt werden, z. B. die von Sonn, dienten wenig Aussicht auf Erfolg. Die Parteien, die die Stellungnahme der Wirtschaftspartei wird wohl in wesentlichen davon abhängen, wie die Zusammenlegung des neuen Kabinetts erfolgt. Ob unter diesen Umständen Seving als Innenminister bleiben kann, erscheint fraglich.

Der Reichsarbeitsminister erkrankt

Berlin, 10. Februar. Der Reichsarbeitsminister Braun hat auf ärztliche Anordnung einen mehrwöchigen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit antreten müssen, um die Folgen wiederholter Rücksäle in Nierenentzündung auszuheilen.

Für die Freiheit des Rheins

Dr. Luther in Köln

Köln, 10. Februar. Der Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern nachmittag im Rathaus die Vorstände des Stadt- und Landkreisverbands, des Wirtschaftsausschusses, Mitglieder der Gewerkschaften und Vertreter der Presse des befreiten Oberlates. Die Vertreter dieser Organisation trugen dem Reichskanzler ihre Wünsche vor. Uebereinstimmend wurde dabei die Notwendigkeit der Herstellung eines Vertrauensabkommen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsständen sowie zwischen der Regierung und dem Volke betont. Während zu Ehren des Reichskanzlers von der Stadt Köln heute veranstalteten Festessens ergriff

Oberbürgermeister Dr. Adenauer

das Wort zu seiner Rede, in der er zunächst den Reichskanzler mit herzlicher Freude willkommen hieß und sodann weiter ausführte: Die Lage des befreiten Gebietes ist nach wie vor trog gewisser Erleichterungen gegenüber den Vorjahren schwer und drückend. Zwei Drittel der Erwerbstätigen entfallen auf das befreite Gebiet. Zu den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen kommt die Stelzung unsererseits in jenen Not, die uns in den letzten Wochen gebracht haben. Wenn wir unsere fortwährenden physischen und psychischen Kosten bisher gebaldig getragen haben, so gelingt das in der sichereren Erwartung, daß sie zu den im Versailler Vertrag angegebenen Terminen ihr Ende finden. In dieser Hoffnung sehen wir uns durch die Nichträumung gänzlich aufs bitterste getäuscht. Der ganze Verlust der Angelegenheit zeigt uns klar, daß die Räumung mit anderen nicht im Vertrage als Voraussetzung der Räumung festgelegten Umstände verknüpft wird. Das Rheinland ist eines der ältesten Kulturgebiete Europas. Aber mit den Millionen seiner Einwohner verläßt man im Zeitalter der Demokratie wie mit einem Regerstamm im Innern Afrikas. Wir Rheinländer verlangen von den Völkern der Besatzungsmächte, daß sie die Räumungsfrage, die für das Geschick Europas entscheidend ist, mit mehr durch den Ernst und die Bedeutung der Sache gebotener Eile, mit aller Loyalität und im Sinne der wahren geistigen

Abrüstung behandeln, die für die Wohlfehlung ganz Europas ganz unerlässlich ist.

Reichskanzler Dr. Luther

erwiderte auf die Worte des Kölner Oberbürgermeisters u. a. folgendes:

Meine Damen und Herren! Rheinlandschul ist Preußen! Rheinlandschul ist deutsche Freiheit! Das ist die Ausfassung der deutschen Reichsregierung. Deutschland wird mit dem Rheinlande immer Treue tauschen. Die deutsche Reichsregierung verfolgt die Röte des befreiten Gebietes in vollem Bewußtsein der Tatsache, daß nun schon seit Jahren die besetzte Gebiete für Deutschland leidet. Darum ist selbstverständliche Politik der deutschen Regierung die folgende. Wir haben dafür gejagt, daß die Rheinländer nicht zu einer Reparationsproduktion würden. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den anderen Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollziehen. Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinaus zu rufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Räumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind.

Der Tatbestand ist also der, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt worden sind. Zu Verhandlungen ist die deutsche Regierung, wie ich bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgedrückt habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, bereitigte Einwände, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Einwaffnung erhoben werden, oder die sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, auf das Schnellste abzustellen. Ich habe an den Herrn französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: Ist der Herr französische Ministerpräsident entschlossen, die nördliche Rheinzone sofort zu räumen, nachdem die Besetzung der Deutschschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung widergesetzt ist? Ich habe auf diese Frage eine Antwort bis heute noch nicht bekommen. (Hört, Hört!) Wohl aber ist von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entwaffnungfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden soll, daß vorher ein befreiter Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zu stande kommt. Ich habe namens der deutschen Reichsregierung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung bereit ist, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuverhandeln. Sollte man aber von der Lösung dieser Frage die Räumung abhängig machen, so muß dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Vertrag findet, nur mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Der Gedanke würde obendrein einen Niedergang der juristischen und moralischen Grundlagen für das Zusammenleben der Völker überhaupt bedeuten. (Sehr richtig!) Es ist nicht nur das Gegenteil des Geistes, der zur Ausgestaltung Deutschlands im Londoner Abkommen zum Ausdruck gebracht ist, sondern es ist überhaupt das Gegenteil des Gedankens internationaler Vereinbarung.

Gerade aus dem Geiste heraus, den ich im Rheinland fühle, aus dem Geiste, der das Schicksal der Gemeinschaft über kleine und kleinliche Tugenden legen will, möchte ich von dieser Seite die Bitte an ganz Deutschland richten, der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für die Arbeit frei zu öffnen. Wenn wir nicht die Grundlage für unsere Zusammenarbeit überhaupt verlieren wollen, dann müssen wir im parlamentarischen Zusammenleben auch verlangen, die Gegnerschaft nur sachlich zu gestalten. Diese Mehrheitsbildung bedeutet keinen Ausfall der anderen vor der Macht, die bereit sind, im staatsbezogenen Sinn mitzuverhandeln. Zweierlei habe ich in den Rheinländern in mich aufgenommen. Ich möchte es nennen: Das Denkt die sein und das Denkt die werden. Da sind die großen Probleme wirtschaftlicher Art lebendig, die Probleme, die uns helfen, die Probleme wirtschaftlicher Art, die für uns nicht nur die Möglichkeit bedeuten, überhaupt zu erfüllen, möglicherweise uns verpflichtet haben, sondern ohne die ein weiteres Wirtschaftsleben, ein weiteres Aufstehen des deutschen Volkes überhaupt unmöglich ist. Aber die Probleme wirtschaftlicher Art sind eng verschwistert mit den Problemen sozialer und menschlicher Art. Wer von uns im Ruhestand gelebt hat, der kennt die Fragestellung, die darauf abzielt, das Zusammenleben großer Menschenmassen, die jetzt fleißig die Hände rühren, zu ermöglichen unter ganz neuen Lebensbedingungen, unter Bedingungen, die zum Teil erst vor Jahren geschaffen worden sind. Hier handelt es sich um soziale Fragen, deren Lösung die besten deutschen Kräfte erfordert.

Der Kölner schloß seine Rede mit einem Hoch auf den deutschen Rhein.

der Partei selbst, ein nicht minder großer Schmutz hängen bleibt.

Es wäre nun in der Tat ein Leichtes, den paar räudigen Zentrumschäfen eine Herde anderer Räudiger entgegenzustellen, die sich nicht zum Zentrum bekannten, sondern zu den Rechtsparteien. Ein Teil der Linkspresse verfügt ja auch diese Gegenüberstellung. Man könnte auch auf ein ganzes heute überholtes korruptes System hinweisen, in dem die heutigen Ankläger einstmals eine große Rolle spielten. Aber wir sind der Meinung, daß man solche Streitigkeiten unterlassen sollte, zumal man dadurch den Anschein erwecken könnte, man wolle durch Gegenmandate nur die eigene Firma beschönigen. Wie haben gar keine Veranlassung, das zu tun. Um so wen-

Die Vortragsfolge des Leipziger Senders

Mittwoch, 11. Februar

- 4,30—6,00 nm.: Märchenabend für Kinder. Nina Monard liest Märchen und die Rundfunkkapelle spielt entsprechende Weisen.
6,30—8,45 nm.: Funkbühne.
7,00—7,30 nm.: Vortrag: Rudolf Dimpel: „Über unsere Eigennamen.“
7,30—8,00 nm.: Vortrag: Rechtsanwalt Dr. Hoffmann: „Das Industriebefreiungsgesetz“, 1. Teil.
8,15 nm.: Ein lustiger Abend. Mitwirkende: Louise Gladniher, Karl Kehler und die Rundfunkkapelle.
1. Rundfunkkapelle: „Berlin, wie es weint und lacht“
2. Louise Gladniher: Heitere Operettenlieder.
3. Karl Kehler: „Der lustige Chemnitz“
„Das Laufmädel“
„Für eines nicht“
4. Rundfunkkapelle: Potpourri a. d. Operette „Boccaccio“
5. Louise Gladniher: Heitere Operettenlieder.
6. Karl Kehler: Zwei Geschichten: a) „Der Tierfreund“, b) „Die Blau und die Rotkreuze“. Schmitz.
7. Rundfunkkapelle: „Bayrisch-Blau“, Marsch, Friedemann.

Die Spaltung in der Mieterchaft

Dresden, den 10. Februar.

Am 1. Februar hatten sich bekanntlich die sächsischen Mieter, die in Miethe tagten, in zwei Richtungen gespalten. Für den 8. Februar hatte nunmehr der in Miethe in der Minderheit gebliebene Vorstand eine außerordentliche Tagung des Bundes Deutscher Mieterverein e. V. (Sitz Dresden) Reichsbund Deutscher Mieter einberufen, der etwa 80 Delegierte aus dem Reich folge geleistet haben. Aus einer Veröffentlichung des Vorstandes des Reichsbundes Deutscher Mieter geht aber hervor, daß sich der Reichsbund mit dieser Dresdner Tagung nicht identifiziert, diese vielmehr eine Eigenmächtigkeit der Dresdner Gruppe darstellt, und daß diese Spaltung innerhalb der Mieterchaft aus einer unruhigen, persönlichen Zuständigkeit beruhet.

Die Dresdner Tagung beschloß u. a. die in Magdeburg auf dem Reichstag gefassten Beschlüsse aufzuheben und wählte sich einen neuen Vorstand mit Oberpostsekretär Herrmann und Rechtsanwalt Groß an der Spitze. Daraus geht hervor, daß sich diese neue Organisation als eine Abspaltung vom Reichsbund Deutscher Mieter darstellt, deren Vorstand bisher die Herren Groß und Hermann auch angehörten. Bezeichnend für die Gegenständlichkeit ist es, daß der richtige, gerichtlich eingetragene Vorstand selbst auf der Dresdner Tagung keinen Zutritt erhielt. Damit steht zweifellos fest, daß dieser Bundestag gar keine gesetzlichen Beschlüsse fassen konnte, da er erstens nicht satzungsgemäß einberufen, und da zweitens zahlreiche Mitglieder an der Ausübung ihres Stimmrechtes verhindert wurden. Es ist jedenfalls als eigenartig anzusehen, daß sich in Dresden ein neuer Reichsbund Deutscher Mieter bilden konnte, und die Eintragung ins Vereinsregister beschließen konnte, während unter dem gleichen Namen als gerichtlich eingetragener Verein eine solche Organisation längst besteht. Wenn sich die Reichsorganisation mit gegen den in Miethe in der Minderheit gebliebenen Vorstand um seine eigenmächtige Neuschöpfung erklärt, dann ist wohl kaum zu erwarten, daß sich die Dresden Neugründung in Reich auch nur einigermaßen zum Nutzen der Mieter durchzusetzen vermag. Dem weiteren Verlauf der Zwischenheiten muß man mit Spannung entgegensehen. Ihr Interesse der Mieterchaft können sie auf keinen Fall liegen.

Unter diesen Umständen ist auch die Entschließung, die auf der Dresden Tagung am Sonntag gefasst wurde, von sehr bedingtem Wert. In der Entschließung wird der Erhalt einer Reichswohnungsordnung, Ausbau der Aufwertungsteuer und Bauswirtschaft statt Anfangswirtschaft im Wohnungsbau gefordert, und gegen eine Erhöhung der gesetzlichen Miete Einspruch erhoben.

Aus der Tschech.

Mit Bedauern vernahm man in der letzten Stadtverordnetensitzung in Zittau, daß der Zentrum-Stadt. Ernst sein Mandat aus beruflichen Gründen niederlegen mußte. — Zum Bau der Eisenbahnbaugenossenschaft wurden 13500 Mark bedingungsweise bewilligt, wodurch man 12 neue Wohnungen gewinnt. Zur Verstärkung des Mietausgleichsstocks gewährt die Stadt 5000 Mark. Auf Wunsch vieler Interessenten wird die Mietwohnung mit einem Aufzehr von 3000 Mark wieder hergestellt. Mit der Stadt Görlitz schloß man einen Feuerlösungsvertrag bei größeren Bränden. 140 000 Kronen bewilligte man für ein neues Feuerhaus. — Von dem Reichsbahnbau stützte ein Maurer. Der Bewußtlose fand Aufnahme im Krankenhaus. — In Löbau entstand im Schulauschuß eine Debatte darüber, wer den Vorstehern zu wählen habe. Man erwartet, daß das am 1. April erscheinende Anpassungsgesetz endgültige Vorschriften bringt. Zwei Klassen fallen wegen der verminderten Schulkindergarten weg. Grundstück sprach man sich für Einführung der Schulzahnpflege aus. — In Cunewalde vernichtet ein Brand ein Wohnhaus. Drei Familien wurden obdachlos. Man vermutet Brandstiftung. In Bautzen sind in den letzten Tagen vier junge Mädchen verschwunden. Zwei waren noch fortbildungspflichtig. Man vermutet, daß sie von Mädchenhändlern über die tschechische Grenze verschleppt worden sind. — In Grünau geriet eine Arbeiterin in eine Maschine, doch ihr ein Finger ausgerissen wurde. In Trattau bei Ostritz flog einem Einwohner beim Holzspalten ein Splitter ins Auge und verletzte den schon auf einem Auge Erblindeten schwer. — Bautzen rüstet für nächsten Sonntag zur Glockenweihe. — Die Handelskammer Zittau hatte beantragt, dem Schirgiswalder Bahnhof den Namen „Sch. Kirchau“ zu geben, um der industriellen Bedeutung von Kirchau gerecht zu werden, das neun Zehntel der gesamten deutschen Absatzindustrie mit etwa 6000 Arbeitern beherbergt. Die Reichsbahndirektion Dres-

den hat das Gesuch abgelehnt, doch ist man erneut vorstellig geworden. — Josef Plaut und Emil Kühne, Deutsche zwei große Vortragskünstler bereiten die launisch und spindeten köstliche Gaben echten Humors.

8 Leutersdorf. In der gutbesuchten Monatsversammlung des Katholischen Kosmos brachte Gem. Vert. Schule den Jahresbericht des Bürgermeisters zu Gehör. Pater Göbel aus Wornsdorf hielt in einer Gemeindeversammlung einen schönen Lichtbildvortrag über die Missionen.

Turnen und Sport in Thüringen

Handball 1. Klasse in der Bezirksgruppe Erfurt.

Männer-Turnverein Erfurt — Freie Turner Apolda 5:2 (4:1). Am Sonntag standen sich die ersten Mannschaften des Männer-Turnvereins Erfurt und des Kreis-Turner Apolda in

Gefurt gegenüber. MTB. Gefurt konnte als Spartenläufer noch zwei wertvolle Punkte sichern. In der zweiten Hälfte legte V. T. Apolda mit Hochdruck das Spiel fort, so daß nun die schwierigen Tortwölfe den Ausgleich ausgleichen.

Die Gefurter Turnerschaft gewann gegen den Turnverein Geisa knapplos.

Jahnbund Apolda. — Turnverein Ilversgehofen 4:1 (2:0). In Apolda mußte der Tu. Ilversgehofen mit zehn Mann spielen, die Überlegenheit des Jahnbundes Apolda anerkennen und die Punkte dieses überlassen.

Stockball.

Der Männerturnverein Erfurt holt drei Gesellschaftsspiele am Sonntag. Die Ergebnisse sind: MTB. 1. — VTB. Erfurt 1:0; MTB. 1. — MSV. Langensalza 1. 4:4; MTB. 2. — VfB. Meiningen 1. 2:1.

Stockball.

Handel * Wirtschaft * Verkehr

* Handelswoche mit Spanien. Für alle nach dem 13. Februar in Spanien ankommenden Sendungen ist den spanischen Zollämtern neben den Ursprungzeugnissen eine Faktura mit der unterschriebenen Versicherung vorzulegen, daß die berechneten Preise die wirklichen sind. Die Faktura muß ebenso wie die Ursprungzeugnisse vom spanischen Konsul beglaubigt sein.

* Die holländische Handelsbildung 1924. Nach den soeben erschienenen Berichten über die Handelsbildung der Niederlande des vergangenen Jahres ist eine außerordentliche Zunahme der Ausfuhr, besonders in Lebensmitteln, zu verzeichnen. Die Zunahme des Exportes in Schwellen, Butter, Käse, Eier und Getreide betrug im ganzen 203 Millionen Gulden. Ein Rückgang ist nur bei dem Kinderelexport zu verzeichnen. Im Jahre 1922 wurden für 235 Millionen Gulden Kinder exportiert, im Jahre 1923 sank diese Ziffer auf 5,8 Millionen Gulden und 1924 auf 3,8 Millionen Gulden. Diese auffallende Tatsache wird in der Hauptaufgabe auf die Durchsetzung des Auslands vor der Maul- und Klauenpest zurückgeführt: Man wird alles daran setzen, um diese Millionen verschlingende Seuche zuvorzu kommen. Die Gesamtsumme des Verbrauchs betrug 2004 Millionen Gulden gegen 2009 Millionen im Vorjahr. Die Ausfuhr stieg um 357 auf 1661 Millionen Gulden. Die Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr blieb somit fast unverändert: 1924 betrug sie 703 Millionen gegen 706 Millionen Gulden 1923.

Berliner Produktionsmarkt

Berlin, 9. Februar. Preise für Getreide und Getreidemischungen für 100 Kilogramm, sonst für 100 Kilogramm ab Sätnien. Preise in Goldmark: Weizen, männlicher 250,— bis 254,—, April 292. Mai 283 bis 286. Juni 268. Rogg, männlicher 249,— bis 252,—, März 268 bis 268. April 276 bis 275. Mai 288 bis 181. Hafergerste 26 bis 238. Sommergerste 203,— bis 205,—. Wintergerste 213 bis 225. Mais Iolo Berlin 226,— bis 228. Mai 214. Weizenmehl 18 bis 225. Mais Iolo Berlin 226,— bis 228. Mai 214. Weizenmehl 16 bis 18,2. Roggengemehl 16,— bis 16,2. Raps 4.0 bis 403. Weizenflocken 2. Bitter-Erbsen 20,— bis 34,—. Spätzle-Erbsen, kleine 22 bis 23. Butter-Erbsen 20,— bis 22,—. Weizenflocken 18,— bis 19,—. Käferbohnen 21,— bis 22,—. Brot 19 bis 20,—. Lupinen, blonde 13,— bis 14,5, gelbe 16,— bis 17,—. Sesamölde, neue 16,5 bis 18,5. Mandelkuchen 18,8 bis 19,2. Leinhaben 24,5 bis 25,—. Trockenobst 9,7 bis 9,9. Rüdeschweig, vollwertig 19 bis 20. Tortillaflocke 9,8. Kartoffelflocken 20,4 bis 20,8. Kartoffeln, (fr.) weiße, rote —, elbstleßige —.

Dresdner Produktionsmarkt

Dresden, 9. Februar. Weizen, inländischer, Basis 74 Kilogramm 247—262. Roggen, inländischer, Basis 72 Kilogramm, 250 bis 255. Sommergerste, lädi., 270—290. Winter- und Hafergerste 225—260. Hafer 185—212. Raps, beständiger 170—194. Maisflocken trocken 290—400. Mais 230—285. Kleimilch 215 bis 200

MPV

Februar 1925

Gewinnliste

Nachstehende Gewinn-Nummern sind am 9. d. M. in unserer Geschäftsstelle gezogen worden:

1. Prämie: 50 Mark in bar auf Nummer 6446
2. Prämie: 25 Mark in bar auf Nummer 3057
3. Prämie: 10 Mark in bar auf Nummer 6976

Bücherprämien

entfallen auf die folgenden 10 Nummern:

262, 383, 614, 2074, 3474, 4132, 4789, 6749, 7890, 9313.

Die genauen Adressen der Gewinner sind uns bis spätestens 16. Februar 1925 und zwar nur schriftlich unter Beifügung der Losnummer und des Zahlungsausweises (Zahlkartenabschnitt, Post- oder Austrägerquittung) einzusenden, damit die Uebermittlung der Gewinne schnellstens erfolgen kann. Nach dem 16. d. M. eingehende Meldungen können keine Berücksichtigung finden.

Namentliche Veröffentlichung

der Gewinner erfolgt am 19. d. M.

Der Verlag der Sächsischen Volkszeitung und der Thüringer Volkswacht.

Dresdner Börse

Anteile in Milliarden Proz.
Aktien in Milliarden Proz.

Deutsche Staatspapiere

P. 1. P. 2.

5. D. Reichsbank 1,55 1,55

4. 1,18 1,16

5. 1,14 1,17

6. 0,63 0,68

7. 1,20 1,22

8. 0,02 0,015

9. 0,218 0,218

10. 1,25 1,26

11. 0,14 0,085

12. 0,62 0,65

13. 7,2 6,6

14. 1,25 1,3

15. 1,23 1,16

16. 1,30 —

Eisenbahn- und Transport-Aktien

P. 1. P. 2.

St. B. Eisenbahn-Nr. 2. 6. 7.

Spezial u. Sped. Aktie 11,5 11,4

Ber. Eisenbahn-G. 3,79 2,4

Borsig-Aktien

7,0 3,7

Brabant 2,26 2,15

Com. u. H. Brabant 6,6 6,25

Wormsborner-Basis 12 1,2

Geisenhainer-Basis 13 1,15

Tennsche-Basis 12,625 12,75

Teutonia 18 18,75

Deutsche Bahn 19,126 19,3

Deutsche Reichsbahn 1,25 1,25

Die majurischen Seen

Zum 10jährigen Gedächtnis des 7. bis 21. Februar 1915

1. Die Herbischlacht

20 Jahre hindurch, von 1893 bis 1913, im Hochsommer, in der Sauregurkenzeit, wenn sich kein Mensch etwas Böses verfah, traten in aller Stille heimlich wie die Feindthirte, abwechselnd in Petersburg und Paris, die russischen und französischen Generalstabsoffiziere zu einer geheimen Sitzung zusammen und berieten, wie man dem deutschen Gegner strategisch die Schlinge um den Hals werfen könnte. Die Protokolle über diese Sitzungen sind bekannt geworden und lehnen auch den Verstoßtesten, an „die Schuld Deutschlands am Weltkriege“ zu glauben.

Punkt 2 des Protokolls, j. V. vom 18. 8. 1911, betrifft die Mobilisierungsfrage und bringt „mit allgemeiner Zustimmung“ die Meinung zum Ausdruck, daß „die Mobilisierung der deutschen Armee“ Rußland und Frankreich verpflichtet, alle ihre Kräfte gleichzeitig bei der ersten Nachricht von dieser Tatsache zu mobilisieren.“ Dieser Punkt wiederholt sich in jedem Protokoll und kennzeichnet die Harmlosigkeit der Anfrage, welche der Kanzler Bethmann-Hollweg, das Wädchen aus der Fremde, am 31. Juli abends, nachdem tags vorher bereits die russische allgemeine Mobilisierung angeordnet war, an die französische Regierung rückte, ob nämlich Frankreich in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben“ wolle. Poincaré wird Mühe gebaut haben, sein Gesicht wieder in ernste Falten zu bringen, als er die treuerzige Antwort erhielt, Frankreich würde das tun, was ihm sein Interesse gebote.“ Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß seit dem Jahre von Algeciras, 1906, die gleichen geheimnisvollen Zusammenkünfte alljährlich auch zwischen französischen und englischen Generalstabsoffizieren stattfanden, und daß unter leitender Staatsmann trocken bis zum letzten Augenblick glaubte, England werde sich an einem Kriege gegen Deutschland nicht beteiligen. — Punkt 3 des russisch-französischen Protokolls betrifft jedesmal die strategischen Grundgedanken und lautet:

„In Übereinstimmung mit der Meinung ihrer Vorgänger nehmen die Teilnehmer in allgemeiner Vereinigung an, daß Deutschland den Hauptteil seiner Kräfte gegen Frankreich ansetzen wird und gegen Rußland nur einen minimalen Teil seiner Truppen übriglassen. Der russische Generalstabchef nimmt an, daß die vom russischen Generalstab getroffenen Maßnahmen die Deutschen veranlassen werden, auf ihre östlichen Grenzen mindestens 5 oder 6 Corps, wie es der französische Generalstab wünscht, zurückzuhalten.“

Es ist bemerkenswert, wie gut der russische Generalstabchef über die deutschen Absichten unterrichtet war. Tatsächlich war in Aussicht genommen, daß 12 Divisionen, also 6 Corps, nördlich Thorn gegen Rußland versammelt werden sollten. Aber der Ausfall der für das Tsar bestimmten 6 italienischen Divisionen zwang den deutschen Generalstabchef, der Ostfront 3 Divisionen zu nehmen, so daß ihr nur 9 verblieben, mit denen der russische Feldzug zunächst zu bestreiten war. Jedenfalls war der deutsche Generalstabchef nicht in gleicher Weise über die russischen Absichten unterrichtet. Mit 300 000 Mark jährlich, welche für den Nachrichtendienst bis zum Jahre 1912 ausgeworben waren, wo auf Drängen Ludendorffs der Vertrag auf 450 000 Mark erhöht wurde, war allerdings wenig auszurechnen gegenüber Rußland, das im Jahre 1912 13 Millionen und im ersten Halbjahr 1914 26 Millionen Rubel für den gleichen Zweck verwandte. Nachrichtenfolgen haben die Mängel des deutschen Nachrichtendienstes nicht gehabt, da bereits in der Schlacht bei Tannenberg das gefallene Material der russischen Spione in deutsche Hände fiel. Und im Jahre 1910 war es immerhin gelungen, einen Grenzschutzbefehl der 28. Division in Rowno zu erhalten, aus der die Aufstellung zweier Armeen gegen Ostpreußen, der Niemen- oder Wilnaer Armee und der Ruten- oder Warschauer Armee, zu erkennen war.

Es war klar, daß die schwachen deutschen Kräfte nur dann Aussicht hatten, glücklich zu operieren, wenn es ihnen gelang, eine der beiden russischen Armeen zu überraschen und zu schlagen, bevor ihr die zweite zu Hilfe kam.

Es war weiter klar, daß die majurischen Seen als natürliches Hindernis von 70 Kilometer Ausdehnung die beiden russischen Armeen notwendig trennen und daß in dieser Gegend notwendig die Schlachtfelder liegen mußten.

Und es war endlich klar, daß die beiden russischen Armeen planmäßig, die Wilnaer von Osten nach Westen, die Warschauer von Süden nach Norden, operieren und versuchen würden, die deutschen Kräfte zwischen sich in die Mitte zu bekommen und einzukesseln, wofür wiederum die Gegend der majurischen Seen mit aller Wahrscheinlichkeit in Betracht kam.

Darnach war es nur eine Frage von wenigen Tagen, bis die entlegenen und unbekannten majurischen Seen von Kampfgebüsch widerhallten und in allen Erdstößen in aller Munde sein würden.

General Shilinski, der Oberbefehlshaber der Nordwestfront, der frühere langjährige Generalstabchef der russischen Armee, hatte im Hinblick auf die beiden ihm zur Verfügung stehenden Armeen die Vorhand und konnte dem schwachen deutschen Gegner das Gesetz des Handelns diktieren. Generaloberst von Prittwitz, der Oberbefehlshaber der deutschen Kräfte, der 8. Armee,

mußte seine Entschlüsse von den Bewegungen des Gegners abhängig machen, hatte aber den Vorteil der inneren Linie.

Die am 13. 8. von General Shilinski ausgegebene Direktive gippt darin, daß die Wilnaer Armee, die 1., unter General von Rennenkampf, am 17. 8. die Grenze überschreiten und auf die Linie Insterburg-Angerburg, nördlich der majurischen Seen, vorgehen sollte. Die Warschauer Armee, die 2., unter General Samsonow, sollte zwei Tage später die Grenze überschreiten, die majurischen Seen südlich umgehen, nach Norden einschwungen und in die Linie Rastenburg-Seeburg, rechtwinklig zur 1. Armee, einrücken. In diesem Winkel hoffte man die deutsche Armee zu manöverieren.

Die Direktive für die 1. Armee wurde befolgt. Zwar ließen ihre in breiter Front vorgehenden drei Corps, fünf Schützenbrigaden und fünf Kavalleriedivisionen am 17. 8., dicht hinter der Grenze, bei Stallupönen, auf das ostpreußische 1. Corps, das General von François eigenmächtig, voll Tatendrang und voll Eifer, preußischen Boden vom Feinde nicht betreten zu lassen, ohne Vorwissen des Armeesoberkommandos 40 Kilometer vor die Armeefront vorgeführt hatte. In dem sich entwickelnden Gefecht erlitt die russische 27. Infanteriedivision durch die 2. Infanteriedivision eine schwere Niederlage und eines der besten russischen Regimenter, das 105., unerwartet in Rücken und Flanke angegriffen, wurde fast vollständig vernichtet. Indessen war es nur eine Frage von Stunden, bis dieses vereinigte deutsche Corps überflügelt und geschlagen oder gesangen war. Aber durch die Munitionsanforderung für die schwere Artillerie des 1. Corps war Generaloberst von Prittwitz außergeraten geworden, und hatte sich von dem Gehehnen Rennen verschafft. Mit Hilfe von Telefon und Telegraph und des im Auto zum General von François geschickten Generals Brunert gelang es, das 1. Corps rechtzeitig zurückzunehmen. Wenn auch das Gefecht bei Stallupönen keineswegs im Sinne der deutschen Führung lag, die im Gegenteil die 1. russische Armee ungehindert normarschieren lassen wollte, um sie auf der Angerapplinie, in Höhe der majurischen Seen, zu schlagen, bevor sie die 2. russische Armee fühlbar mache, so durften doch die Schläge, welche General von François, eine überragende Führernatur, bei Stallupönen geführt hat, dazu beigetragen haben, den General von Rennenkampf in seiner vorsichtigen und zaudernden Haltung zu bestärken, welche die späteren glücklichen deutschen Operationen möglich gemacht hat.

Bei der 2. russischen Armee wurden die Direktive Shilinskis nicht in gleicher Weise befolgt. General Shilinski selbst hatte seine Direktive etwas geändert, indem er, um die beabsichtigte Umfassung der deutschen Armee, falls sie etwa nach der Weichsel entkommen wollte, „zu einer weiter auszuholen zu machen“, den Weichsel der 2. Armee eine mehr westliche Richtung nehmen ließ, wodurch er sich mit dem Bünche Samsonows begegnete, der gleichfalls eine mehr westliche, allerdings geführte, ihm von der 1. Armee entfernende Richtung anstrebt, um der Bahnlinie Warschau-Märkisch näher zu kommen und den Reichsbahnhof für seine Armee zu erleichtern. Aus der Marchrichtung hinter den majurischen Seen entlang nach Norden auf Rastenburg-Seeburg wurde eine nordwestliche Marchrichtung auf Ortelsburg-Reidenburg-Soldau, wo nur ein deutsches Corps, das 20., unter General v. Scholze, Wache hieß. Dieser Anmarsch wurde zunächst von den deutschen Fliegern nicht bemerkt, weil die Russen so vorstrikten waren, in der Stadt zu marschieren und am Tag zu ruhen. Deshalb wandte die deutsche Führung alle ihre Aufmerksamkeit der Armee Rennenkampf zu, welche bis zum 19. 8. an die Angerapplinie herangeschoben hatte. Generaloberst v. Prittwitz hielt den Augenblick zum Schlagen für gekommen und gab seinen drei Corps den Befehl zum Angriff am 20. 8. früh.

Wiederum war es General von François, dessen 1. Corps den nördlichen Flügel der Armee bildete, welcher den Angriff um 4 Uhr früh eröffnete. Er hatte seine 2. Division einen Nachtmarsch von 15 Kilometer in die Flanke der Russen ausführen lassen und griff die gegenüberstehende russische 28. Division überraschend und ungeschickt an. Dem erfolglosen Vorgehen der 2. Division schloß sich die 1. Division, welcher die russische 29. Division gegenüberstand, an. Indessen kam der Angriff ins Stocken, zurückhaltende Teile der 1. Division wurden von der Artillerie der 2. Division für vorgehende Russen angesehen und beschossen. Eine Panik entstand. Das Signal „Das Ganze Halt!“ und das Eingreifen des Führers brachte die Wehenden zum Stehen. General v. François schob den weiteren Angriff auf und erzielte um 4 Uhr nachmittags den Befehl zur „Geschäftswalt“. 10 Geschütze und 600 Gefangene waren eingefangen.

In der Mitte der Front trat das 17. Corps unter General von Mackensen morgens gleichzeitig zum Angriffe an. Seine beiden Divisionen hatten einen Nachtmarsch von 25 Kilometer hinter sich. Trotzdem ging der Angriff zunächst rath vorwärts. Gegen mittag kam er gegenüber der 25., 27. und 40. russischen Division zum Stehen. Gegen 3 Uhr nachmittags begannen rückwärtige Bewegungen und um 3 Uhr meldete General von Mackensen an das Armeesoberkommando, das Corps sei geschlagen und die Lage ernst. Den Südfügel der deutschen Front bildete das 1. Reserve-

Korps unter General von Below. Es hatte am 19. 8. den ganzen Tag an der Angerapp geschlafen. Abends kam der Befehl zum Vormarsch. Nach einem beschwerlichen Nachmarsch im Begegnen, in nordöstlicher Richtung vorzugehen und das 17. Corps zu entlassen, wurde es vom Armeesoberkommando im Hinblick auf zwei in Goldap, in der Flanke des Corps, gemeldete russische Corps um 10 Uhr vormittags angehalten. Die 11 Kilometer lange Marschstrecke der 1. Reserve-Division war am Vormittag bei drückender Hitze zu kurzer Kraft niedergesunken, als sie von der russischen 30. Division in die Flanke getroffen wurde. Der Angriff wurde abgeschlagen. Ebenso gelang es der Schweizerdivision, einen Angriff der 40. russischen Division abzuweisen. Das Corps war erfolgreich und zu neuen Taten am nächsten Tage bereit.

Aber im Ganzen war die Lage undurchsichtige. Die Witte geschlagen, der Nordflügel von Rückslägen heimgesucht und nur der Südfügel intakt. Kein Wunder, daß beim Armeesoberkommando in Norddeutschland eine besorgte Stimmung Platz griff und die Aussichten für eine Fortsetzung des Kampfes trüb erschien. Und da schlug auch schon die Bombe ein: Um 1/2 Uhr abends kam vom 20. Corps die Meldung, daß die russische Warschauer Armee in Stärke von 4-5 Armeekorps gegenüber der Front Soldau-Orielsburg die deutsche Grenze mit ihren Anfangen überschritten habe. Generaloberst von Prittwitz veranlaßte sofort die Herren seines Stabes und erklärte ihnen: „Sie müssen, daß die russische Warschauer Armee uns, wenn wir der Weichsel überschreiten, in den Rücken marschiert und uns von der Weichsel abschneidet. Die Armee bricht deshalb die Schlacht ab und geht hinter die Weichsel zurück.“ (Fortsetzung folgt.)

Amsterdam-Yokohama in lieben Tagen

(Nachdruck verboten).

Vor einiger Zeit steht der deutsche Luftschiffskommandant in Bruns in der geographischen Gesellschaft in Oslo einen Vortrag über die von ihm geplante Polarexpedition mit dem Luftschiff. Zwei Jahre hat ein deutscher Ausdruck, dem die ersten Wissenschaftler angehören, die Frage der Durchfährbarkeit einer solchen Expedition geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß mit einem genügend großen Luftschiff von etwa 150 000 Kubikmetern (der „R. 3“ besaß etwa 80 000), das eigens für eine Polarexpedition eingerichtet ist, die Ueberquerung des ewigen Eisens kein unmögliches Wagnis mehr darstellt. Die Lösung der arktischen Probleme, besonders wertvoll für die Meteorologie und die Geographie, aber auch noch für eine Reihe anderer Wissenschaften von großem Interesse, wird nach Ansicht des wissenschaftlichen Auschusses, die sich eingehend mit den Brunnens Plänen befaßte, von dem Luftschiff, wahrscheinlich nur von dem Luftschiff, gefliest werden können. Der größte Erfolg des deutschen Luftschiffers und zugleich der glänzendste Beweis für die Durchfährbarkeit seiner Pläne ist, daß sich Graf von Arnim, der große norwegische Polarforscher, in der obenerwähnten Sitzung der geographischen Gesellschaft bereit erklärt hat, die wissenschaftliche Führung dieser Expedition und den Vorschlag des vorbereitenden wissenschaftlichen Auschusses zu übernehmen.

Einige Tage später sprach Bruns in Kopenhagen vor Mitgliedern der Luftverkehrskonferenz, Mitgliedern der dänischen Staatsregierung und norwegischen Wissenschaftlern über die vorherstehenden Probleme, die eine oder mehrere glückliche Polar-expeditionen im Luftschiff zeigten. Die Expedition soll beweisen, daß gerade die Arktis wenigstens im Frühjahr für das Luftschiff besonders glückliche meteorologische Verhältnisse bietet. Und wenn es auf Grund der während der Expeditionen gesammelten Erfahrungen und nach Ausbau des meteorologischen Stationsnetzes im Polargebiet möglich sein wird, jenes weite Gebiet der Erde, jene Brücke zwischen Europa und dem pazifischen Ozean, die mit keinem anderen Verkehrskanal als dem Luftschiff zu befahren ist, mit einer Luftschiffverkehrslinie zu überqueren, so würde dies ein Erfolg von unschätzbarer Tragweite sein. Der Dampfer braucht von Hamburg nach Yokohama 36 Tage im günstigsten Falle; nach San Francisco ist man mindestens 18 Tage unterwegs. Ein modernes VerkehrsLuftschiff, wie es heute ohne Schwierigkeit zu bauen ist, überwindet die Strecke von Amsterdam über Kopenhagen-Leningrad-Archangelsk-Beringstraße-Aljens-Petropawlowsk-Yokohama in 7 Tagen. Ebenso lang — besser ebenso schnell — führt es nach San Francisco. Dabei führt die Linie nicht auf dem kürzesten Wege — einem großen Kreise — sondern ist aus meteorologischen und fahrttechnischen Gründen so gelegt wie angegeben. Was dieser gewaltige Zeitspanne bedeutet, braucht nicht noch eingehend erläutert werden.

Der Weg zur Verwirklichung dieses Projektes führt über die wissenschaftliche Erforschung der Arktis und diese ist nur möglich mit einem Schiff genügender Größe und geeigneter Einrichtung, und nach Ausbau der Funkstationen am Norden des Polargebiets, die für die Navigation unerlässlich sind. Bei dem Ausmaß des Brunnens Projekts ist die Expedition frühestens im Frühjahr 1927 zu erwarten. Aber auch noch glücklich durchgesetztem Polarflug wird es noch lange dauern, bis genügend Erfahrungen für eine Verkehrslinie gesammelt sind. Doch bei der jetzt immer mehr fühlbaren Verlegung des Schwerpunktes wirtschaftlichen und politischen Geschehens vom Abendland nach dem Pazifikbecken, wird einmal die Zeit kommen, in der Luftschiffe, ewiges Eis überschreitend, Passagiere und Post in 7 Tagen, ja vielleicht in noch kürzerer Zeit von Europa an die Küsten Amerikas und nach Japan tragen.

Die Soldaten der Kaiserin

Roman von Julian von Stockhausen

(11. Fortsetzung.)

„Ich habe ihn um mein Reich verlassen — nun tröstet und stärkt mich seine Liebe wieder — die Liebe meines Reiches — wo ist sie? Wo ist der Trost und die Stärke meiner Krone, die ich um seine Liebe eintraute? Ich bin allein mit dem goldenen Reifen, der schwer um mein Herz geschmieget ist.“

Sie ließ die Arme von ihm — sie sank in sich zusammen und, noch immer schluchzend, barg sie ihr Gesicht in den Händen, damit er ihre tiefe Qual nicht sehen möge.

Das trübe Licht des Winternachmittags quoll sahl durch die Gassen. Von den Augustinern hatte eben die Besper geläutet. Im Bürgersaal begegnete Graf Siloa Tarouca der Gräfin Anna Maria von Hoydt. Sie sah kaum auf, da sie ein paar Worte mit ihm sprach; ungeduldig bohrte sie mit der Spitze ihres violetten Lederschuhs in den dünnen, körnigen Schnee. „Es ist kurz d'Appartement heute abend bei der Königin“, meinte Siloa Tarouca; „find Sie anwesend?“

„Ja,“ sagte die Hoydt und sah gegen die Gasse, von wo zwei Herren näherstritten.

„Wie sieht Sie Ihrer Mutter ähnlich,“ sagte der Graf. „Sie haben Ihre ganze Grazie geerbt, nur war Ihre Mutter schwärz wie alle Carraccioli. Ihr Haar aber ist goldig rot, nur die Augen sind dunkel. Wissen Sie, daß Sie sehr schön sind?“

Die Hoydt lachte, lachte hell und triumphierend: Man war so oft in mich verliebt, daß ich daraus Schlüsse ziehen kann.“

„Und Sie selbst?“ forschte er kühn.

„Fühlen Sie sich schon so alt, daß Sie sich solche Fragen erlauben, Graf?“

„Da ich Ihre Mutter zur Sarabande führte und mit Ihrem Vater gegen die Türken ritt, muß ich diese Frage leider bejahen.“

„Waren Sie dabei, als mein Vater starb?“

„Nein, — aber ich kenne sein Grab.“

Die Hoydt lächelte weh: „Wo liegt meine Mutter — wo mein Vater? Wo werde ich liegen? Das Leben spielt uns hart mit!“

„Sie waren bei den Augustinern?“ jerrte der Graf das Schneigen. „Sind Sie so fromm?“

„Die Sitz ist fromm.“ lächelte malitiös die Hoydt, „und Ihre Majestät ist fromm. Was bleibt uns?“ Sie hob die Schultern und raffte den Kerpelz enger.

„Ihr Temperament scheint nicht nach vielen Beten zu verlangen!“

„Ein gutes Pferd ist mir lieber als eine Bettbank, da haben Sie recht, mon cher.“ Aber adieu, ich muß gehen, sonst verläufe ich mich mit Madame Eibekett!“ Der Graf nahm ihre Hand empor und küßte ihr seines Gelenk.

Sie schritt behend die Treppe hinauf, trippelnd folgte ihr die Kammerjungfer.

* * *

Die Königin arbeitete. Auf ihrem Schreibtisch brannten Kerzen, die streng gegen das trübe Nachmittagslicht ankämpften. Die Königin las und unterbrach sich manchmal mit kurzen Bemerkungen an den Freiherrn von Cetto. —

„Bitte! Sie, Cetto, drei Jahre geht der Prozeß! Das ist ja hirnrisig! Ich werd' grob lehren in den Gerichtsanzalen, der Schleuderian muß weg!“ Sie las weiter. „Der Staatsliche Goldschatz hat gestohlen, und Weiß und Tochter haben gehetzt! Das Urteil! Der Mann auf Tod, die Hebler auf Zwangsarbeit! Ah, da ist die Neigung! Der Mann Zwangsarbeit, die Frau Landesverweisung, die Tochter zwölf Karabatschenliebe! Drei Jahre waren sie schon arrested! Das hätt' man auch gleich urteilen können! Das Urteil ist zu mild! Man muß diebische Beamte derb abstrafen; sie find ein Krebschaden, aber ich apprubierte aus purer Gnad.“ Sie tauchte die Feder ein und unterschrieb: „Der Tochter die Karabatschenliebe nachzusehen.“ —

Der Domherr Herr von Springen protestiert mit seinem Bruder um ein strittig Erb, das Gericht hat ihn abgewiesen, nun wendet er sich an die hochgnädige Majestät, „Ias Cetto.“

„Geb Er!“ Sie prüfte nach, schrieb dann: „Approbire das Urteil!“ Und an den Rand: „Er soll nicht Schäfe sammeln, die Rost und Motten fressen! Er soll auf einen Schaf im Himmel trachten!“

Der Kuriere meldete: „Euer Gnadenreiche und erbaben Majestät Diener, der General Graf Browne, meldet allerunterstützt, daß am 18. dieses Monats preußische Husaren unter dem Prinzen Leopold von Dessaу die Stadt Glogau umringt und sich anschließen, sie zu belagern. Der König Friedrich marschierte in Elmarau über Schwednitz gen Frankenstein und von da auf Euer Gnadenreiche getreue Stadt Breslau. Mein Herr General, Graf Browne vereinigte seine an Zahl geringe, aber an Tapferkeit und Treue große Mannschaft und bezog hinter der Reihe festes Quartier! Er litt um weitere Befehle und entließ Euer Gnadenreiche seine letzte Huldigung!“

„Das ist doch ganz unerhört!“ rief die Königin. Sie war aufgestanden und durchaus erregt das Gemach. „Krieg! Alle Krieg! Was sagt Er, Khevenhüller?“

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Umschau

Der Staat des Reichsarbeitsministeriums

Aus der Zentrumsfraktion des Reichstages schreibt man uns:

Der Reichstag hat die Staat-Beratungen mit dem Arbeitsministerium begonnen. Diese Staat-Beratungen wurden dazu benutzt, alle die sozialen Probleme, die uns zurzeit beschäftigen, zu erörtern. In gewissen Kreisen wird seit einiger Zeit die Auffassung vertreten, das Arbeitsministerium aufzuhoben und seine Aufgaben unter die übrigen Reichsministerien zu verteilen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß nicht eine einzige Reichstagspartei diese Bestrebungen unterstützt. Auch nur der parlamentarische Versuch, das Arbeitsministerium zu beseitigen würde unter der deutschen Arbeiterschaft aller Rücksichten den entschiedensten Widerstand auslösen. Die deutsche Arbeiterschaft kann beruhigt sein, daß die Zentrumspartei diesen Bestrebungen den entschlossendsten Widerstand entgegengesetzt. Es ist gewiß richtig, daß das Reichsarbeitsministerium, obwohl erst in der Nachkriegszeit errichtet, heute eines der jüngsten ist, dem die weitaus größten Ausgaben obliegen. Die Verwaltungskosten des Ministeriums selbst sind verhältnismäßig gering, aber die Ausgaben für die Kriegsbeschädigten, die Pensionen für die Angehörigen der früheren Heeresmacht, die Unterstützung der Invaliden- und der Erwerbslosen und eine ganze Reihe sonstiger kleinerer sozialer Verpflichtungen machen mindestens 50 Prozent der Ausgaben des Arbeitsministeriums aus. Für die Behebung der sozialen Folgen des verlorenen Krieges muß das Arbeitsministerium tätig sein, und daher die großen Summen die von ihm verausgabt werden. Reichsarbeitsminister Dr. Braun hat zu Beginn der Staatverhandlungen im Haushaltsaufbau ein übersichtliches Bild über die von seinem Ministerium geleistete Arbeit gegeben und gleichzeitig gesagt, welche nächstliegenden sozialen Aufgaben zu lösen sind. Da die Inflationsversicherung die deutsche Arbeiterversicherung an den Rand des Ruins gebracht hat, war es eine der wichtigsten Aufgaben, die sozialen Versicherungen vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die deutsche Zentrumspartei, die unter Führung von Hitz, Trümmer und Hertling, den hervorragenden Anteil an der Schaffung der deutschen Arbeiterversicherung hat, hat es sich auch jetzt wiederum zur Pflicht gemacht, bei dem Wiederaufbau derselben führend mitzuwirken.

Am schlimmsten unter der Inflationswirtschaft hat die Invalidenversicherung gelitten. Rund zwei Milliarden Mark angesammeltes Vermögen sind vernichtet worden. Die Invalidenversicherungsanstalten wären bankrott gewesen, wenn nicht das Reich helfend eingeprengt wäre. Trotz der Reichshilfe konnten den Invalidenrentnern aber leider nur 14 Mark pro Monat gegeben werden. Schon seit geraumer Zeit ist in den Kreisen der Zentrumsfraktion überlegt worden, wie den Invalidenrentnern geholfen werden könnte. Nachdem das Reich eine einmalige, aber große Zahlung der Stahlindustrie gegeben hat, sagte sich die Partei, daß nun auch dauernd große Mittel für die Sozialversicherung bereitgestellt werden müssen, und so stellte die Zentrumsfraktion den Antrag, daß den Invalidenversicherungsanstalten zur Aufwertung der Invalidenrenten bis zur Höhe der Friedenssätze neben den schon bisher bewilligten Beträgen in Höhe von 114½ Millionen weitere 115 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Der Zentrumsantrag ist einstimmig angenommen worden.

Einen weiteren bedeutsamen Antrag hat die Zentrumsfraktion zur Erwerbslosenfürsorge gestellt. Statt der vorgeesehenen Mittel von 110 Millionen Mark ist diese Summe nun unter Führung der Zentrumsfraktion auf 220 Millionen erhöht worden. Ein Teil dieser Summe soll als Grundstock für die noch dieses Jahr zu schaffende Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Ein weiterer Antrag der Zentrumsfraktion besagt, daß für die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in gefundesschädigenden Berufen 20 000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung hatte beantragt, daß für allgemeine Wohlfahrtszwecke und zur Unterstützung von Anstalten und Einrichtungen des privaten Wohlfahrtspflege 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Auf Antrag der Zentrumsfraktion ist diese Summe auf 20 Millionen Mark erhöht worden. Neben diesen bedeutsamen Anträgen sind noch eine ganze Anzahl kleinerer Anträge gestellt worden, die zum großen Teil angenommen worden sind. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Zentrumsfraktion bei der Beratung des Sozialstaats führend gewesen ist.

In den Fragen der Sozialpolitik gibt es im Zentrum weder einen rechten noch einen linken Flügel. In allen Teilen der Fraktion herrscht nur der eine entschlossene Willen: die in der Inflationszeit an den Ruin gebrachte deutsche Arbeiterversicherung wiederum aufzurichten und den sozial am schwersten geschädigten Volkschichten tatkräftig zu helfen. Die Zentrumsfraktion ist entschlossen, alles daran zu setzen, daß bei dem demnächst zur Beratung kommenden Pensionsoberat auch die Renten der Kriegsbeschädigten entsprechend erhöht werden.

Nach einem Brauch wird bei diesem Staat zu den sozialen Problemen der verschiedenen Art im Plenum Stellung genommen. Für die Fraktion sprach Herr Stegerwald. Seine Rede stand im Reichstag sowohl rechts wie links allgemeine Beachtung. Er nahm zu all den Fragen, welche die unteren Volkschichten berühren, in kurzer und prägnanter Weise Stellung. Er sprach über die Arbeitszeit und Lohnfragen. Die Entscheidlichkeit, mit der er die Forderungen der Arbeiterschaft vertrat, mögen den sozialreaktionären Kreisen zeigen, daß nicht nur die christliche Arbeiterbewegung, sondern auch die Zentrumsfraktion entschlossen ist, sich mit aller Kraft gegen die sozialreaktionäre Welle zu wenden, die seit einigen Monaten über unser unglückliches Vaterland dahingeht. Weiter legte er die Auffassung des Zentrums zum Wiederaufbau der Sozialversicherung der Wohnungs- und Siedlungsfragen, der Beschäftigung und Mitverwaltung der Arbeiterschaft an der Wirtschaft dar, er forderte mit Entschiedenheit den Ausbau des Reichswirtschaftsrates und die paritätische Ausgestaltung der Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern. Die Reichsversammlung hat zwar die formale Gleichberechtigung für alle Volkschichten gebracht. Praktisch liegt es aber so, daß die deutsche Arbeiterschaft in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften bis heute noch keine Vertretung finden konnte.

Seit geraumer Zeit wird von ganz bestimmten Kreisen und in bemerkter Absicht immer und immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß es im Zentrum einen „reaktionären Flügel“ gebe, zu dessen Führung Stegerwald gehöre. Durch seine Reichstagsrede hat er diejenigen, die diese Behauptung in bemerkter Weise verbreitet haben, zwingend gestellt. Die Kreise, die an einer Auseinandersetzung des Zentrums ein Interesse haben, werden diese Verleumdungen aber trotzdem noch wie vor weiter verbreiten. Mit Recht hob Stegerwald am Schlusse seiner Rede hervor, daß letzten Endes alle gesetzgebende Arbeit nichts nütze, wenn es nicht gelänge, im deutschen Volk eine wahre Volksmeinung zu schaffen.

In den letzten Jahren hat der deutsche Reichstag viele unwürdige Szenen gesehen. Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums standen seine Beratungen wieder auf beachtlicher Höhe. Und doch bei diesen Beratungen die Zentrumsfraktion an führender Stelle stand und nach Mitteln und Wegen suchte, um den ärmsten der Armen zu helfen, wo es nur immer möglich ist, darauf kann die Zentrumswählerchaft mit berechtigtem Stolze blicken.

Die Arbeitsgerichte

Von Richard Müller, Dresden-Göltz

Fortsetzung des Artikels „Was der Arbeitnehmer vom Gewerbe-, Kaufmanns- und Arbeitsgericht wissen muß“, Sozialpolitische Umschau vom 4. Februar 1925

Reben den Kaufmanns- und Gewerbegerichten kommt den jüngsten Arbeitsgerichten eine weitgehende Bedeutung zu, die mit dem Betriebsratgesetz ins Leben gerufen wurde. Die den Arbeitsgerichten nach der erweiterten Verordnung ausdrücklich zugestandenen Streitigkeiten sind in erster Linie die Fälle der Paragraphen 82–90 des Betriebsratgesetzes. Obgleich sich gerade durch die Arbeitsgerichte manche Möglichkeit bietet, Arbeitern und Angestellten zu helfen, lebt die Erfahrung, daß leider über diese Bestimmungen, sowie auch über die hierzu folgenden Bestimmungen des Betriebsratgesetzes vielfach Unkenntnis herrscht. Da auf Grund der Bestimmungen, namentlich auch in Hinsicht auf Paragraph 84 des Betriebsratgesetzes vielen Arbeitnehmern geholfen werden kann, soll hierauf kurz noch näher eingegangen werden. Paragraph 84 des Betriebsratgesetzes besagt: Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung seitens des Arbeitgebers binnen fünf Tagen nach der Kündigung Einspruch erheben, indem sie den Arbeitgeber oder Angestellten aufrufen:

1. wenn der beklagte Veracht vorliegt, daß die Kündigung wegen der Begehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Begehörigkeit oder Nichtbegehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder militärischen Verbund erfolgt ist;

2. wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt ist;

3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit als die bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten;

4. wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Kürte darstellt.

Erfolgt die Kündigung freitags aus einem Grunde, der noch dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung der Kündigungssfrist befreit, so kann der Einspruch auch darauf gestellt werden, daß ein solcher Grund nicht vorliegt.

Zum Beispiel Paragraph 86. Bei der Kündigung müssen die Gründe des Einspruchs vorgelegt und die Beweise ihrer Berechtigung vorgebracht werden. Gericht des Arbeiters oder Angestelltenrat die Kündigung nie begründet, so hat er zu verjüchen, durch Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Erfolgt die Verständigung binnen einer Woche nicht, so kann der Arbeitgeber oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer binnen weiteren fünf Tagen den Schlichtungsausschuss anrufen.

Paragraph 87. Über den Einspruch (Paragraph 84) wird im gesetzlichen Schlichtungsverfahren endgültig entschieden:

Geht die Entscheidung dahin, daß der Einspruch gegen die Kündigung gerechtfertigt ist, so ist zugleich für den Fall, daß der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, ihm eine Entschädigungspflicht aufzuzeigen. Die Entschädigung bemittelt sich nach der Zahl der Jahre, während deren der Arbeitnehmer in dem Betrieb insgesamt beschäftigt war und darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes festgesetzt werden, jedoch ganzen nicht über sechs Zwölftel hinausgehen. Die einzelnen Branche des Jahresarbeitsverdienstes und mit einem Betrage in Anzug zu bringen, der der zur Zeit der Entstehung möglichen Lohn- oder Gehalts Höhe der Belegschaft entspricht. Dabei ist sowohl auf die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers als auch auf die wirtschaftliche Entstehungsfähigkeit des Arbeitgebers angemessen Rücksicht zu nehmen. Die Entschließung mußt Recht zwischen dem beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Innerhalb dreier Tage nach Kenntnis von dem Eintreten der Rechtskraft der im Schlichtungsverfahren ergangenen Entscheidung hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer mündlich oder durch Aufgabe zur Post zu erklären, ob er die Weiterbeschäftigung oder die Entschädigung wählt. Erklärt er sich nicht, so gilt die Weiterbeschäftigung als abgelehnt.

Kommt der Arbeitgeber mit der Zahlung der Entschädigung in Berzug, so hat er dem Arbeitnehmer auch gen durch die Geldentwertung entstehenden Schaden zu erlegen.

An Stelle des oben erwähnten Schlichtungsausschusses ist in allen Fällen ausschließlich das Arbeitsgericht zuständig. Da gegen beiden Entscheidungen — wie schon gesagt — Berufung nicht möglich ist, ist es dringend nötig, daß sich Arbeiter und Angestellte besonders mit diesen Bestimmungen des Betriebsratgesetzes vertraut machen. Besonders wichtig ist die Einhaltung der Zeiträume und die Stellungnahme des Betriebsrates. Bischof bestellt leider gerade in unseren Kreisen noch eine gewisse Vorlieben gegen das Betriebsratgesetz und eine gewisse Unterschätzung desselben. Schön allein dieser kurze Abchnitt aus dem Betriebsratgesetz in bezug auf Arbeits-, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dürfte aber zeigen, wie groÙe Bedeutung dem Arbeiter- und Angestelltenrat kommt, wie möglich und unentbehrlich er für jeden einzutreten und wie dringend nötig es ist, daß besonders die christlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenkraft auch in diesen Organen entsprechend vertreten sein muß.

Ob Gewerbe-, Kaufmanns- und Arbeitsgerichte in Zukunft den ordentlichen Gerichten angegliedert werden — Sicher nicht zuerst der Arbeitnehmer — steht noch dahin. Solange aber die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind, muß sie auch die Arbeitnehmerkraft in ihrem Interesse anzuwenden versuchen.

Die Neuregelung der Wohnungswirtschaft

Ergebnis des Reichswirtschaftsrates

Berlin, 9. Februar. Der Ausschuß für Siedlungswesen und Wohnungswesen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschloß die Neuordnung der Wohnungswirtschaft und die damit zusammenhängenden Fragen. Angenommen wurden folgende Leitsätze zur Wohnungswirtschaft:

1. Vor allem ist der Neubau von Wohnungen mit allen Mitteln zu fördern. Zu diesem Zweck ist es notwendig, den Realfonds wieder leistungsfähig zu machen, die Neubauten für die Zeit von etwa zehn Jahren von allen auf dem Grundstück ruhenden Rechten, Landes- und Gemeindesteuern zu befreien.

2. Hinsichtlich der Frage der Hypothekenauflösung ist eine Aufwertung über den Satz von 20 v. H. hinzuft für die Wirtschaft, insbesondere die Wirtschaft, nicht tragbar. Eine höhere Aufwertung kann zugestanden werden für Hypothesen aus Erbverhältnissen und familienechtlichen Abfindungen. Der für die Hypothek festgelegte Aufwertungssatz gilt auch für die persönliche Schuld. Wichtiger als die Aufwertung des Kapitals ist die baldige Wiederaufnahme der Bürgen und Dienste für die aufgewerteten Hypothesen. Der Schuldner der aufgewerteten Hypothek kann die Umwandlung in eine Tilgungshypothek verlangen. Längstens binnen Jahresfrist nach der endgültigen gesetzlichen Verordnung der Hypothekenaufwertung haben die Handelskantone ihre Mandate gegen Goldsandbriefe umzutauschen.

3. Im Interesse einer wirtschaftlichen Förderung des Neubaues und zugleich der Erhaltung des Altwohnbestandes ist die Miete aussteuer zu erhöhen und zu einer Reichsmiete auszubauen.

4. Die für Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung stehenden Steuerbeträge sind folgendermaßen zu verändern: Etwa 80 vom Hundert zu gering verzinslichen Darlehen für Neubauten; etwa 15 vom Hundert zu zinslosen Darlehen für Wiederaufbauantrag der Altwohnungen, rückzahlbar in zwei bis drei Jahren; etwa 5 vom Hundert als Unterstützungs fonds für die Gemeinden, die nicht zahlungsfähigen Mietern, Erwerbslosen, Kleinrentnern usw. Mietzuschüsse gewähren müssen, damit die Miete voll gezahlt wird. Die Länder und Gemeinden haben den für sie festgelegten Anteil an der Aufwertungssatz vom tatsächlichen Aufkommen, nemals vom errechneten Soll-aufkommen zu entnehmen.

5. Soweit nicht die Hauszinssteuer für bringende Einkommen des allgemeinen Haushaltshauses erforderlich ist, soll sie ausschließlich für Zwecke der Wohnungsförderung erhoben werden. Die sonstigen erhobenen Teile der Hauszinssteuer sollen bei der bevorstehenden Neuordnung des Finanzungleichs abgetragen und durch die allgemeine Grund- und Gebäudesteuerung oder andere Steuern ersetzt werden.

6. Die Miete und unter Würdigung der wirtschaftlichen Gesamtlage in absehbarer Zeit der Friedensmiete hat der Hausvergünstigte zu bestreiten: Die Vermögens- und Betriebslosen, die laufenden und großen Infrastrukturkosten, die zu den Eigenkapital und für die aufgewerteten Hypothesen und die Hauszinssteuer.

7. Sobald die Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes es zulassen, ist das Wohnungsmangelgesetz für alle oder für bestimmte Arten von Wohnungen außer Anwendung zu legen. Ein solcher Teilabbau ist insbesondere auch für die einzelnen Gemeinden angezeigt, sobald die örtlichen Verhältnisse es gestatten.

8. Beim Kauf von Wohnungen ist die geständige Kaufaufsicht von wesentlichen freiliegenden Gesetzesvorschriften zur vollen Durchführung zu bringen.

9. Das Recht zur Einführungnahme von Teilen über großer Wohnungen ist seit schon allgemein aufzugeben.

10. Aus dem Anwendungsbereich des Paragraphen 6 des Miet- und Schutzgesetzes sind Untermieter, die keinen Eigentum haften, herauszunehmen.

Ein Zentrumsantrag zum Internationalen Arbeitsamt

Arbeitsamt

Der Zentrumsabgeordnete Seelig hat in Verbindung mit Abgeordneten der Zentrumsfraktion und den baierischen Abgeordneten Leicht und Schirmer-Franken, denen sie auch der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moldenhauer anschloß, folgenden Antrag im Reichstag eingebracht:

Die Reichsregierung zu ersuchen, die rückständigen Befreiungen zur internationalen Arbeitsorganisation in einen Nachtrag anzufordern, zugleich aber auf volle Gleichberechtigung Deutschlands innerhalb der internationalen Arbeitsorganisation mit allen Staaten hinzuwirken, insbesondere dafür zu sorgen, daß auch die deutschen Sprache als Amtssprache zugelassen wird.

Unfallentenansprüche in landwirtschaftlichen Betrieben. Zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums hat der Abgeordnete Andrade mit Unterstützung der gesamten Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung erfordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß in allen Fällen, wo Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit Unfallentenansprüchen abgewiesen wurden, weil ihr damaliges Einkommen die festgesetzte Pflichtversicherungserlöse überstieg, eine Nachprüfung dahin erfolgt, ob sie nach Friedensverhältnissen versichert gewesen wären, und daß im Bezugsliegen die Berufsgenossenschaften versichtigt werden, die gesetzlichen Renten soweit wie möglich rückwidrig auszubezahlen.

Wie es um die deutschen Kriegergräber in Frankreich steht

Im gegenwärtigen Einvernehmen der deutschen und der französischen Regierung hat der Direktor des Zentralnachwesens für Kriegerfälle und Kriegergräber, Geheimer Oberregierungsrat Horning, eine größere Anzahl deutscher Kriegerfriedhöfe in Frankreich beschafft. Die von den Franzosen aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommenen Umbettungen sind nahezu beendet. Die Toten ruhen jetzt mit wenigen Ausnahmen auf dem endgültigen Friedhof. Auf jedem einzelnen Grab steht dort, soweit die deutschen Grabfelder belassen oder mit der Umbettung mitgenommen sind, ein schwarzes Holzkreuz, das den Namen oder sonstige Personalangaben enthält. Schadstoffe Holzkreuze werden fortlaufend ersetzt. Die Frage, ob an Stelle der Holzkreuze von der französischen Regierung dauerhafte Grabsteinen gesetzt werden sollen, wird zurzeit von den zuständigen französischen Behörden geprüft. Auf den etwa einen Meter hohen rechtzeitigen Mausoleen werden große Tafeln mit den festgestellten Namen errichtet. Am allgemeinen zeigen die befestigten Friedhöfe, soweit sie bisher instand gesetzt werden konnten, ein gutes Aussehen und sind ordentlich unterhalten. Diese Nachricht wird zweihändig für viele Angehörige eine große Beruhigung bedeuten.

D K
Leichtkraftsträder
Generalspitzen
Motoren
W.

Zschopauer Motorenwerke
Büro Dresden
G.m.b.H.
Freital-Potschappel, Steinstraße 2
Fernspracher 254

Dresden

Landwirtschaftliche Landesausstellung Sachsen 1925

Dresden, 10. Februar. Wie bereits bekannt, wird mit der Landwirtschaftlichen Landesausstellung Sachsen vom 4. bis 7. September 1925 in Dresden eine umfangreiche Abteilung für land- und forstwirtschaftl. Maschinen- und Gerätebau, chemische und zweckverwandte land- und forstwirtschaftliche Industrie aller Art verbunden. Der Begriff zweckverwandt ist weit gespannt und soll jeder Industriebranche, soweit sie nur der Land- und Forstwirtschaft dient, Gelegenheit geben, ihre Fabrikate nur zu schau zu bringen. Bei dem großen Interesse, den der Ausstellungsgedanke zunächst natürlich in der landwirtschaftlichen Bevölkerung Sachsen's, aber auch im ganzen Volke findet, ist mit einer großen Beteiligung zu rechnen, so daß die Aussteller die beste Gelegenheit haben, ihre Fabrikate u. w. weiten Kreisen vorzuführen. Die Ausstellungssleitung versendet zurzeit die endgültigen Anmeldepapiere. Die Wünsche auf solche, sowie Anfragen u. w. möchten zweckmäßiger Weise bald an sie geleitet werden.

Oekonomische Gesellschaft in Sachsen. Freitag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Welken Saale des Hotels „Drei Raben“, Dresden-L., Marienstraße, die Hauptversammlung der Oekonomischen Gesellschaft in Sachsen statt. Mitgliedschaftlicher Dr. Lindenmayr, Oberdorf, wird einen Vortrag mit Leibesleid über „Landwirtschaftliches aus den Vereinigten Staaten von Amerika“ halten.

Technische Hochschule. Dem Regierungsbaurat bei der Reichsbahndirektion Dresden, Dr.-Ing. Erich Heisterberg, ist die Lehrberechtigung für das Lehrgebiet „Ausgewählte Kapitel des Eisenbahnbewesens“ in der Bauingenieurabteilung der Technischen Hochschule zu Dresden erteilt worden.

Der Arbeitsmarkt in Dresden. Zeigt nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 31. Januar bis einschließlich 6. Februar 1925 eine besonders starke Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. Für Hauswirtschaft, Landwirtschaft, Fabrik und Kontor wurde weibliches Personal gleichfalls lebhaft verlangt, so daß an jüngeren Arbeitnehmerinnen und Angestellten verhältnismäßig Mangel eintrat. In den männlichen Berufen war die Versorgung nicht so allgemein; vereinzelt stieg auch hier der Bedarf von Industrie und Handwerk, doch standen dem Entlassungen in anderen Betrieben in gleichem Umfang gegenüber. Der Bestand an Arbeitssuchenden verringerte sich insgesamt um 307 auf 12.888. Auch die Zahl der Empfänger von Erwerbslosenhilfe zeigte eine Abnahme um 171 auf 7.007. Ausserunterstützung wurde an 471 (485) Personen gegeben. Insgesamt wurden somit 7.478 Personen aus Litteln der Erwerbslosenhilfe unterstellt.

Lehrgang über landwirtschaftliches Rechnungswesen. Vielseitige Wünschen entsprechend soll der im Dezember 1924 gehaltene Lehrgang über landwirtschaftliches Rechnungswesen in der Zeit von Montag, den 23., bis Donnerstag, den 26. Februar 1925, wiederholt werden. Teilnehmergebühren einschließlich Lehrmaterial 12 Mark. Anmeldungen sind bis Dienstag, den 17. Februar, an die Buchstelle des Landeskulturrates, Dresden, Elbendorfstraße 14, 3, zu richten.

Nord und Selbstmord. Am Sonntag vormittag in der 11. Stunde hat der 25 Jahre alte Machthaber Hoffmann, zuletzt am See 26 wohnhaft, seine Geliebte Frieda L. hinter dem Rittergut Rothau durch Kopfschuss und sich selbst durch einen Schuh in die Herzgegend getötet. Liebeskummer soll der Grund zu der Tat gewesen sein.

Tödlicher Verkehrsunfall. Das Preseamt des Polizeipräsidiums teilt mit: Ein sehr bedauerlicher Verkehrsunfall, bei dem leider ein Menschenleben zu beklagen ist, hat sich am Sonnabendmittag an der Kreuzung der Glacisstraße mit dem an der Bahnhofstraße entlang fahrenden Radfahrerwege ereignet. Der 21jährige Klempnergeselle Paul August Schwieck, Dresden-Neustadt, Böhmisches Straße 20, wohnhaft, verlor auf dem Radfahrerwege stadtwärts fahrend mit seinem Fahrrad zwischen zwei im Abstande von etwa 30 Metern fahrenden Streifenkraftwagen des Polizeipräsidiums, die Polizeimannschaften zwecks Einschiffen nach dem Neustädter Bahnhof bringen sollten, die Glacisstraße zu kreuzen, obwohl von beiden Wagen aus laute Warnsignale gegeben wurden. Der zweite Streifenkraftwagen ließ sich nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen, so daß Schwieck angefahren und dabei tödlich verletzt wurde. Eine Radfahrerin, die kurz vor Schwieck fuhr und im Gegenzug zu diesem rechtzeitig von ihrem Rad absteig, muß den Unfall beobachtet haben. Sie wird gebeten, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Schießgasse Nr. 7, 1. Zimmer 88, zu melden.

Leipzig

Tagung des Sächsischen Lehrervereins. Vom 5. bis 7. April hält der Sächsische Lehrerverein, in dem 18.500 sächsische Lehrer zusammengekommen sind, seine 19. Hauptversammlung in Leipzig ab. Auf der Lehrertagung werden folgende Gegenstände behandelt werden: 1. Die Ziele des Sächsischen Lehrervereins (Wehner, Leipzig); 2. Wirtschaftliche Not und Volkskultur (Wothoff, München); 3. Die Selbstverwaltung (Trinks, Dresden).

Der Jungborn Leipzig. die Jugendabteilung des Kreuzbündnis, veranstaltet am Faltmachersonntag, den 22. Februar 1925, einen lustigen Heimabend in den sämtlichen Räumen des „Auguste-Schmidt-Hauses“ (Dresdner Straße 7).

Fischereimesse Leipzig 1925. Gelegentlich der Frühjahrsmesse in Leipzig vom 1. bis 7. März 1925 findet erstmals eine Messe für Jagd- und Fischereibedarf, Waldwirtschaft und Waldverwertung, kurz — JagdWa — genannt, statt. Der Organisator dieser Abteilung ist der Sohn des verstorbenen Generaldirektors Pleßner.

Öffentliches Richteramt in Leipzig. Eine neue Art des Strafverfahrens ist am Leipziger Schöffengericht mit dem Bezirksgericht eingeführt worden. Bis her gab es hohe Gerichte nur in München und Berlin, wo man recht gute Erfahrungen mit ihnen gemacht hat. Die Erklärung steht sich auf Paragraph 212 der Strafprozeßordnung, der lautet: „Vor dem Amtsrichter oder dem Schöffengericht kann ohne strafrechtlich erhobene Anklage und ohne Entscheidung über die Erosion des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geladen werden, wenn der Beschuldigte entweder sich freiwillig stellt oder infolge einer vorangegangenen Festnahme dem Gerichte vorgeführt oder nur wegen Verhörtellung verfolgt wird. Der wesentliche Inhalt der Anklage ist in Fällen der freiwilligen Gestellung oder Vorführung in das Sitzungsprotokoll, andernfalls in die Ladung des Beschuldigten aufzunehmen.“ Das Bezirksgericht ist mit einem Amtsrichter, der jedesmal eine Woche lang Dienst hat, einem Staatsanwalt und dem Gerichtsschreiber besetzt. Die Vorteile der Verhandlung liegen besonders darin, daß sie ein verzinsliches Verfahren darstellt. Das Verfahren folgt kurz Zeit nach der Tat. Dem Angestellten steht es freies sitzen gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Ein schwerer Junge verurteilt. Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der berüchtigte Einbrecher Paul Arthur Grüne aus Leipzig wegen versuchten Mordes zu verantworten. Im August v. J. hatte er mehrere schwere Einbrüche in Leipzig und Umgegend verübt. Es gelang der Polizei, ihn in der Zeitzer Straße zu stellen. Als er verhaftet werden sollte, zog er eine Pistole und schoß mehrmals auf seine Verfolger. Er flüchtete sodann über Häuser und Dächer und verlegte in der Elisenstraße einen Arbeiter erheblich am Kopf. Erst nach vielen Bemühungen konnte Grüne festgenommen werden. Das Urteil lautet

wegen versuchten Mordes in 4 Fällen auf 9 Jahre Juchthaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Siedlung unter Polizeiaufsicht.

Jüngste Einbrecher in einer Straße. In der Nacht zum Sonnabend haben Einbrecher in der Zschocherschen Straße in Leipzig-Blogau 5 Ladengeschäfte einen Besuch abgestattet. In einem Schnellgeschäft erbeuteten sie 12 Stoffballen,

Aus Sachsen

Brandungslück im Schirgiswalde

Schirgiswalde, 10. Februar.

Nach 11 Uhr mittags erscholl am Sonntag in unferem Ort Feueralarm. Im Oberdorf war in der Dachstube eines halb massiven, halb hölzernen Wohnhauses Feuer ausgebrochen. Rauchstöße traten der Stadt zu und zogen schnell eine große Schar Hilfsbereiter und neugieriger Menschen an. Das von der Arbeiterfamilie Wielert bewohnte Haus war schnell ausgeräumt. Das gute Schieferdach wurde durchschlägen und brennende Strohmassen durch die Dachfläche in den direkt hinter dem Hause liegenden Gemeindeleiter geworfen. Trotz tapfersten Eingreifens der Feuerwehr war der ganze Dachstuhl des hölzernen Hauses angeglimmt, so daß die Flammen schon aus dem Dachteil des massiven Gebäudes züngelten. Auch hier mußte sich die Wehr Eingang in das Dach verschaffen. Es gelang ihr, den Brand auf den Dachstuhl zu beschänken, der allerdings zum Opfer fiel. Höllscheitere Nachbarn hatten sich sofort eines kleinen Kindes und der Mutter, die ohnmächtig wurde und in Weinräumen fiel, angenommen. Auch die Haustiere wurden bei Nachbarn untergebracht. Die ausgeräumten Möbelstücke wurden im massiven Schuppen des Hauses zusammengestellt und zum Teil bei Angehörigen der Feuerwehr untergebracht. Am Brandplatz zuerst erschien die Fuchsberg-Spritze und darauf die freiwillige Ortsfeuerwehr. Von fremden Spritzen erschien 12,52 die Großauer (1. Prämie) und 12,56 die Callenberger (2. Prämie). Dann erschienen die freiwillige Feuerwehr Kirchau, wie die freiwillige Feuerwehr Wilsdruff. Letztere drei Wehren brauchten nicht in Tätigkeit zu treten. Als Brandursache wird kurzfrisch vermutet. Vor etwa 30 Jahren wurde das Haus schon einmal durch Brand heimgesucht.

O Bischöflich. 10. Februar. (Verurteilung eines rücksichtslosen Chauffeurs.) Hier hatte sich der Chauffeur Lüdtkechner aus Görlitz vor Gericht zu verantworten. Er hatte vor kurzen einen fast ganz gelähmten Invaliden aus Großhauersdorff in seinem kleinen selbstfahrenden Krankenwagen die Straße entlang fuhr, so schwer überfahren, daß er starb, und was mit seinem Wagen geschah. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und seinen Begleiter wegen Überbelastung der Verkehrsverhältnisse zu fünf Monaten Gefängnis.

O Bannewitz. 10. Februar. (Von einem Kraftwagen umgefahren.) Am Freitag, abends 6½ Uhr, wurde der in den fünfziger Jahren stehende Arbeiter Paul Walther von einem aus Dresden kommenden, landwärts fahrenden Kraftwagen umgerissen und mehrfach verletzt; er erlitt u. a. einen komplizierten Beinbruch. Der Kraftwagen ist unerkannt entnommen.

O Chemnitz. 10. Februar. (Ein Ehedrama.) Ein erschütterndes Ehedrama ereignete sich am Sonntag in Chemnitz. Gegen 8 Uhr abends wurde im nahen Reichenbrau d. gegenüber der Brauerei Reichenbrand die 63 Jahre alte Frau Hedecher, Ehefrau des 58 Jahre alten Materialausgabers Hedecher, von einem Auto überfahren und getötet. Aus Schmerz über den unerwarteten Verlust seiner getreuen Lebensgefährtin vergiftete sich Hedecher in seiner Wohnung in Hilbersdorf noch in der Nacht zum Montag mit Leuchtgas.

O Ebersbach. 10. Februar. (Bahnhoferweltzerlegung.) Die Bahnhoferweiterung, die schon seit mehr als 20 Jahren geplant ist, aber immer an der Zustimmung der hier einkommenden Bahnbeamten scheiterte, wird nun endlich beginnen. Die Baulen werden mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Zunächst macht sich die Verlegung der Spree, die die Landesgrenze von Neugersdorf abwärts bildet, notwendig.

O Zöhlendorf. 10. Februar. (Sparsamungen für Begegnungen.) Nach einem Beschlusse der Stadtordnungsamt erzielten die Eltern eines jeden neu geborenen Kindes von der Stadt eine Bültchein über fünf Mark, d. h. innerhalb eines Jahres von einer Bütchener Sparkasse als Eingabeung angenommen wird, wenn ein gleichhoher Beitrag in bar eingebracht wird. Der Betrag des Gutscheinbleibt bis zur Entlassung des Kindes aus der Schule gespart.

O Rossen. 10. Februar. (Todesnach.) Hier verstarb im hals vollendeten 90. Lebensjahr der Stadtarzt a. D. Robert Mühe, Ehrenbücher seiner Vaterstadt Rossen.

O Döberan. 10. Februar. (Stadtbildjubiläum.) Das Städtchen Döberan feiert im nächsten Jahre das Fest seines 70jährigen Bestehens, zu dem die Vorbereitungen schon jetzt im vollen Gange sind.

O Delitzsch. 10. Februar. (Kindesmord.) Der hier wohnhafte Weber Willy Freyka, ein Tschechoslowe, wurde unter dem Verdacht verhaftet, sein 8jähriges uneheliches Kind mit einem Taschenmesser erschlagen zu haben. Er leugnet zwar die Tat, doch hat seine Geliebte ausgesagt, daß er sie begangen habe.

O Rohrborn. 10. Februar. (Dramatische elektrische Beleuchtung.) Die Straßenbeleuchtung ist bedeutend verbessert worden. Statt der alten Gaslaternen auf den Straßenseiten leuchten frischmäßige elektrische Lampen auf der Mitte der Straßen weiterhin, so daß Rohrborn jetzt die mustergeschaffte Beleuchtung unter seinen Nachbarstädt hat. — Für die Feuerwehr wurde eine elektrische Lampe angekauft und aus dem Rathausraume aufgestellt.

O Wolkenstein. 10. Februar. (Tödlich verunglückt.) In der Spinnerei Schiller fiel dem Hofsattler Otto Helbig aus Griechbach bei der Abnahme von Transmissions ein Stück Eisen auf den Kopf, wodurch er tödlich verletzt wurde.

O Jitzau. 10. Februar. (Kampf zwischen Einbrechern und Grenzbeamten.) Zwei Grenzbeamte, die am Freitag an der Station Ullersdorf patrouillierten, bemerkten drei Männer, die mit schwer bewaffneten Rücksäcken von Görlitz her kamen. Auf Anruf flüchteten die Leute über die Felder nach Jitzau zu. Als die Beamten Schreckschüsse abgaben, warfen die drei Männer ihre Rücksäcke ab und liefen weiter. Als die Grenzbeamten von ihrer Schußwaffe ernstlich Gebrauch machten, schoßen die Flüchtlinge ebenfalls. Die Unbekannten entkamen. In den zurückgelassenen Rücksäcken fand man 20.000 Zigaretten, einen größeren Bogen Zigarren und Tabak. Die Einbrecher hatten die Tabakwaren kurz vorher in der Tabakfabrik in Görlitz gekauft.

Wintermanöver der sächsischen Reichswehrtruppen. Vom 10. bis 20. Februar finden, wie der „Sächsische Zeitungsdienst“ meldet, unter Leitung des Infanterieführers IV größere Truppenübungen im Raum Rossen-Oelsnitz-Burgau-Grimma-Borna-Görlitz statt. Es nehmen daran teil sämtliche Truppen des Freistaates Sachsen und zwei Schwadronen aus Torgau. Die Truppen gelangen zum Teil mit Fuhrwagen zum Teil mit Bahntransport in das Übungsgelände. Die Übung findet in zwei Vororten statt, von denen die eine aus Goppeln Dresden nach Böhlen, die andere aus Zschopau Leipzig nach Osten vorgeht. Zusammenstöße der beiderseitigen Kavallerien sind am 17. Februar zu erwarten; während die Masse der Truppen erst am 18. Februar abends oder 19. Februar ins Gefecht treten wird. Die Truppe bezieht während der Übung weiße Quartiere mit Quartermesspflegung.

Vereinsveranstaltungen

Dresden-Johannstadt. Montag, den 16. Februar abends 7 Uhr 30 Minuten im Konzertsaal der Ausstellung Gemeindeabend zum besten der Glocken.

Dresden-N. Katholischer Volkverein. Mittwoch, 18. Februar, abends halb 8 Uhr, Fastnachtsfeier in Hollands Ballaal,

Gemeinde- und Vereinswesen

Gründung eines Ortskantors der katholischen Vereine

Heidenau, Schirgiswalde

Auch in Schirgiswalde kam dieser Tage der Zusammenschluß aller katholischen Vereine zu einem Ortskantore zu bestehen. Es besteht einträchtige Zusammenarbeit der katholischen Vereine, scharfe Abgrenzung der einzelnen Vereine und Reibebildung derselben. Es soll der Vereinsmöglichkeit und der Überlastung der Vereinsmitglieder vorbeugen und die Vereinsveranstaltungen regeln und auf diese Weise ein Nebeneinanderarbeiten ermöglichen. An der Gründungsversammlung beteiligten sich alle katholischen Vereine, der katholischen Männerverein, der Frauenverein, Gesellenverein, Junglingenverein, Jungfrauenverein, Volksverein, katholischer hausmännischer Verein, Jungborn, Cäcilienverein und der Juwelenverband. Die Versammlung leitete Herr Pfarrer Wölt. Als Guest war Herr Prälat Müller erschienen. Das Ortskantore ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Vereinsfestspiele, und wird dies Jahr auch als Hauptaufgabe die Bewältigung des Katholikentages zu übernehmen haben, der, nachdem sich Zittau ablehnen verhalten hat, Schirgiswalde angetreten wurde. Einmütig wurde nach der Gründung des Ortskantors auch die Übernahme des Katholikentages beschlossen. Es wurde sofort in Beratung getreten über die Gestaltung derselben. Es kommt in den Ausführungen zum Ausdruck, daß der heilige Katholikentag in Schirgiswalde abgehalten wird. Der Katholikentag wird den Charakter eines Katholikentages haben.

Heidenau

Am ersten Februarabend rief die Ortsgruppe des Volksvereins zu einer Gemeindeversammlung auf, die erfreulicherweise auch sehr gut besucht war. Es galt eine Jahresschau zu halten über das Jahr 1924. Der Geschäftsführer des Volksvereins, Herr Ing. Bachleits, eröffnete die Versammlung und erläuterte als erster den Jahresbericht des Volksvereins. Die 150 Mitglieder rief er regelmäßig zu Monatsversammlungen, in der Regel am 1. Sonntag des Monats zusammen; erster Vortrag, Bildbilder, Gesang. Da er eigentlich Gemeindeverein ist, sollen in seinen Arbeitskreis alle Gemeindeveranstaltungen, Schulsonntag, polit. Wahltag, Ausschüsse. Die Vertreterleute, Helfer und Helferinnen, taten unermüdlich in ihren Bezirken die Verbindungsdienste zwischen Pfarrgemeinde und -Gliedern. — Tel. B. Burtsh. berichtete über die Tätigkeit des Elisabethvereins: 11 Monatsversammlungen regelten und förderten das Wirken der 39 Mitglieder. Armen- und Speisungen, Lebensmittel- und Kleiderverteilungen, Sorge für die Erstkommenhanten: bei 23 Erstkommenkindern wurden beschafft 7 Knabenanzüge, 5 weibl. Mädelanzüge, für die meisten Unterwäsche — Gesamtumfang 20 Mark —, 2 Knaben wurden in ein Erholungshaus geschickt, ein junges Mädchen zu einer längeren Kur, Unkosten 20 Mark. — Der Verein ist vertreten im Wohlfahrtausschuß der Stadt. Höhepunkte waren das große St. Elisabethfest, bei dem Herr P. Hermann Wuchermand sprach, dann die Weihnachtsfeier am 23. Dezember (110 Kinder und 30 alte Deutschen), Unkosten neben freiwilligen Helfern und Spenden ca. 600 Mark. — Herr Paul Jung, Vorsitzender der Cäcilie, berichtete über den Kirchenchor: Die 23 Chormitglieder übten in 45 Nebenstunden unter der unermüdlichen fachlichen Leitung des Chorleiters, des Herrn Lehrer Strobel: an jedem 1. Monatssonntag wird eine mehrstimmige lateinische Messe gelesen, 12mal sang der Chor eine reiche Auswahl von Liedern bei Gemeindeveranstaltungen, bot am Cäcilientage ein außerordentlich schönes und großes Programm an Kirchenmusik bei einer Abendandacht, übte und sang in geselliger herausragender Form zweimal in der Weihnachtszeit des Weihnachtsoratorium von H. A. Müller. Der Kirchenchor genießt weitlich ein breites Aufsehen, Herr Lehrer Strobel meldete jedoch vom Bürgerbund, Gruppe Heidenau, folgendes: Am Gesamtumfang des Bezirks (Borna, Heldau, Radeberg) mit über 400 Mitgliedern steht die Gruppe Heldau mit 161 (sieht 165) Mitgliedern an der Spitze. Beim letzten Sterbefall zählte der Bund eine Reihe von 101. — Zuletzt berichtete Herr Pfarrer Neumann über die Mar. Kongregation befriedigend, über die Junglingsgruppe weniger beständig. Der Pfarrer erhielt jedoch allen Vereinen, insbesondere den Vorständen, den Helfern und Helferinnen der Gemeinde, im Namen aller den innigsten Dank — u. a. auch Herrn Franze für seinen Buch- und Schriftenvertrieb (eine Buch- und Schriftenausstellung war mit dem Abend verbunden). Aus dem ausführlichen Jahresbericht des Herrn Pfarrers sei nur folgendes hervorgehoben: Tauften 22, Taufeleut 9, Taufabschlüsse 7, Erstkommunionhinter 22, die Österremonianen hielten ca. 230, Schulkinder im Religionsunterricht zu Heldau 80, auswärtig 43 an drei Orten: in Röthenitz, Höheln, Glashütte. Herr Pfarrer konnte den anregenden Abend mit freundlicher Begleitung und nochmaligem Danke an Herrn Pfarrer und die Vereine schließen.

Dresden-Pleschen. Am 3. Februar 1925 hielt unter Kirchenchor „Canticum“ in Wethes Schön geschmücktem großen Saale des Sächsischen Kasinos, Wechselburg, zu welcher auch der Katholische Verein von Pleschen eingeladen und zahlreich vertreten war, wurde im bislangen Hotel zur Sonne ein Katholischer Verein gegründet. Die Katholiken von Pleschen, Görlich und Umgebung waren verhältnismäßig zahlreich erschienen und lauschten mit Interesse den Aussführungen des Herrn Pfarrers Dr. Spilmann, Wechselburg. Nach einer kurzen Debatte wurde zur Gründung eines Katholischen Vereins für Pleschen und Umgebung beschritten und als Vorsitzender

Konzerte und Vorträge

Rathaus (Kauf-Clauß-Rochs-Stiftung). Donnerstag, 12. Februar, halb 8 Uhr in der Staatl. Akademie für Kunstuwerke, Elaßstraße 34. 2. Vortrag des Bibliothekars Erdmann Langes "Frauen im Leben deutscher Dichter". Die Karten für die Vortragsreihe haben Gültigkeit. — Sonnabend, 14. Februar, halb 8 Uhr, im kleinen Saal der Kaufmannschaft. Vierabend von Billi Schotel: Gefüge von Walter Courvoisier (Uraufführung), Hugo Kaun, Hans Hermann (Das Hohelied Salomonis). Helene Jedermann, die in Dresden längst keine Unbekannte mehr ist, rezitiert Gedichte von Dr. Hebel und C. F. Meyer. Die Begleitung am Klavier-Hügel liegt in Händen von Theodor Blumer. Karten zu 3, 2 und 1,20 Mark sind bei J. Ries, Geeststraße 21, und an der Abendkasse zu haben.

: Vierabend von Billi Schotel. Sonnabend, den 14. Februar, abends 7½ Uhr im kleinen Saal der Kaufmannschaft gibt Billi Schotel einen Vierabend. Das Programm zeigt

Walter Courvoisier, Uraufführung, Hugo Kaun, Hans Hermann (Das Hohelied Salomonis). Helene Jedermann, die in Dresden längst keine Unbekannte mehr ist, rezitiert Gedichte von Dr. Hebel und C. F. Meyer. Die Begleitung am Klavier-Hügel liegt in Händen von Theodor Blumer. Karten zu 3, 2 und 1,20 Mark sind bei J. Ries, Geeststraße 21, und an der Abendkasse zu haben.

Aus dem Thüringer Volksmunde**120 Schläge**

"Was ist das?" riefte Beflking, der die anderen, 120 Schläge,

das als mehr das wahrsag noch glaubhaft, noch tunim' war, 25 reichlich jenseit war." — "Ach knast noch," antwortete Beflking, "wann's der Dolter faren sollte ja, da wärds wohl keine Weißt geltet ha, warum sille dir dann was verstecken?" — "Der Warten schaut jetzt, fragte die: "Seit es jenseit 's Jägerdorf off die Karneval jenseit? Da das je feiern immer uniebert?" — "Die Warten tunn' keine Wurst jenseit, unner Seifert jählt: 's lämmt ja haptisch broß aen, wumät se dan omen Bei karneval hünnt'." — "Un wann das an," ariewertet sich Karlstedt, "weier 120 Schläge, da kann das de meisten off da Schadde jähsummen, do glaußt' ichs' nicht, daß dan sin Kopf brummt!" —

Der Dolter kann' weder un bezahle, um sich die värken Karmelen, trank' a' Erdöl Bier, nutzte durch die Schlem am Käse, trank' a' Erdöl Bier, nutzte durch die Schlem am Käse, drückt' ancken' Gedanken noch. Zum Säckchen halle seine Welt, e' kenne ich schaut so lange hat Briten offjehooln, mit dem Käse Belegungen ha wohlt noch nich ins reine war. — To singt' der Stommsteere off, und da hatz' Paster trakt' da un' jahe varca Dolter: "Ich sch' dir eben von Briten heraußkommen, alles so plötzlich mit dem Mannen gesommen, wie steht es denn mit ihm?" — "Holojulzen Bals, Herr Bauer, deuten Sie sich 120 Schläge?" — "Dobäl trank' er 's Bier us, und beide gingen, die Soche noch witter betrachend, da Tere uns.

Te Eben da Gasstrom lachet Karlstedt, Baut, Rechnung un Seiferts Karl, die ofen Gehwage vor' dr' Käseit ausl' trauen un' w' Bellen unner Staatt noch nicht wossten. — Se hatten jetzt vo' dr' Bulte feiert' un' von 120 Schlägen. Na wenn' se zu sei' Wirkständes von a' Bulte hatten un' Ich ja an Dingt' gec' noch ob' nur falsch' uszubeten wossten, zu wossten

Geschäftsführer: Dr. Robert Albert.
Verantwortlich für Kunst und Kultur: Dr. Robert Albert; für Wissenschaft: Dr. Robert Albert; für Politik: Dr. Robert Albert; für Kriegsangelegenheiten: Max Domke; für den politischen Komitee: Robert Albert; für den örtlichen Bezirk: Dr. Robert Albert; Verkauf für Ausgaben: Robert Schumann; finanziell für Sachen: Robert Schumann; verantwortliche Redakteur: Robert Schumann.

Große Fastnachtsfeier

Mittwoch den 18. Februar
abends 1/8 Uhr

in Hollands Ballsaal, Königstraße Straße 10
befehlend aus

Theater, gesanglichen Vorträgen und Tanz.

Mitwirrende:
Neustädter Jungfrauenverein und Cäcilie.

— Eintritt 60 Pf. —

Zu dieser Feste laden alle Gemeindemitglieder und Freunde herzlich ein.

Der Volksverein f. d. kath. Deutschland Dresden-N.

Gesellschaftsreisen nach Rom und Italien

Im heiligen Jahre 1925 zu billigen Preisen.
Man verlange Prospekte.

Den Teilnehmern an den Romfahrten ist Audienz beim Heiligen Vater gewährleistet.

Wesdeuts' G. Reisebüro "WERKO" G. m. b. H. Köln, v. Werthstr. 9.

Tymians Thalia-Theater
Anfang 1/8 Uhr — Ende nach 10 Uhr
Dresden-Herrstadt, Görlicher Straße 6, Linien 5, 7 und 9
— Fernsprecher 14380 —
Das besuchteste u. beliebteste Theater Dresdens
Trotz kleiner Eintrittspreise, Vorzugskarten gültig

Alfred Waurich
Fernruf 34605 G. m. b. H. Fernruf 21229
15825

Dresden-A., 55 Marshallstraße 55
Filialen: An der Hindenburgstraße-Ecke
Dresden-N., Kasernestraße 38

Liefert jederzeit
Briketts, Steinkohlen, Koks, böhm. Braunkohlen, Holz usw.
Bestellungen erbeten nach Marshallstraße 55

Saftberufene für den Ordenspriesterstand.
Tugendhafte junge Leute im Alter von 14 bis 25 Jahren, welche sich zum Ordenspriesterstande berufen fühlen, mögen sich vertrauensvoll wenden an den hochwürdigen Herrn Direktor der Salesianer Don Boscos in Unterwaltersdorf bei Wien (Niederösterreich).

Weißer
für Werkzeug-, Schiffs- und Vorrichtungsbau in
Familie. Selbständige Stellung zum vollen Einstieg
gesucht. Nur erste Kräfte mit langjähriger Tätigkeit
mögen Antrag mit dabei. Gebaltaufgaben, Neugänge
abwickeln und fröhlichen Eintret-Terminen mit. „SN 816“
an die Geschäftsstelle der Sachsen-Volkszeitung richten.
Ort: Kleinstadt b. Chemnitz.

Für ein neu zu errichtendes Eisenwerk
welches sehr hohen Gewinn
abwirkt, wird ein stiller oder
täglicher Teilhaber mit
60-80 000 M. Kapital gesucht.
Angebote erbeten unter „SK 813“ an
die Geschäftsstelle der Sachsen-Volkszeitung.

Kathol. Familie nimmt
junge Mädchen, die noch
die Schule besuchen, ab
1. April in **Pension**.
Angebote erbeten unter
„SN 817“ an die Ge-
schäftsstelle der Sachsen-
Volkszeitung.

Möbliertes Zimmer
möglichst volls. Pension in
Nähe des Hauptbahnhofes
Dresden für weinen Sohn
zum 1. April **gesucht**.
Angebote erbeten an
Bruno Lehmann, Gera-
mania-Drogerie, Oppach
I. Sa.

Maßschneiderei
für elegante Herren- und
Damen-Garde ob. Umarbeiten, Wenden,
Reparatur u. Aufbügeln
wird gern ausgeführt.
Reiche Stoffauswahl.
Ex. lebhafte Farben auch eingeholt.
Alfred Graf, Dresden-Cotta
Tonbergstraße 13, pt.

Strebsame Leute
finden lohnende Beschäf-
tigung. Zuschriften an
„Merkur“, Leipzig-
Anger, Krönungsstraße 1.

Für heute ausverkauft!

So geht's hier jeden Tag, ein gutes Zeichen
für die Qualität und Preiswürdigkeit der
Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“. Alle Hausfrauen loben das köstliche Aroma
und den feinen Geschmack. Auch beim
Kochen, Backen und
Braten bewährt sie
sich vorzüglich.



Schwan im Blauband
frisch
gekürt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig
illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Mitteilung

Um denjenigen, denen es während
unserer Verkaufsveranstaltung

„Weiße Woche“

nicht möglich war, uns zu besuchen,
Gelegenheit zu geben die künstlerische
Innendekoration zu besichtigen, lassen
wir dieselbe noch 10-12 Tage bestehen.

Besuchen Sie uns ohne
Kaufverpflichtung.

Alsberg

Dresdner Theater**Opernhans**

Mittwoch

Rigoletto (1/8)

Wolfsburg

Wolfsburg 6406 - 6408

G. B. B. Gr. 1, 1520 - 1578

Donnerstag

Fidelio (1/8 - 10)

Wolfsburg A

Wolfsburg 6407 - 6503

G. B. B. Gr. 1, 1576 - 1600

Schauspielhaus

Mittwoch

Lucifer (1/8)

Wolfsburg B

Wolfsburg 1516 - 1518

G. B. B. Gr. 2, 191 - 210

Donnerstag

Mein Freund Teddy (1/8)

Wolfsburg

Wolfsburg 6407 - 6503

Neuälder

Schauspielhaus

Mittwoch

Peterchens Mondfahrt (1/4)

Heimliche Brautfahrt (1/4)

Donnerstag

Winterballade (1/8)

G. B. B. Gr. 1, 1201 - 1500

Vor. 2, 3 - 1 - 300

Neues Theater

in der Kaufmannschaft

Mittwoch

Geschlossene Vorstellung

Donnerstag

Die Erziehung zur Ehe (1/8)

Wolfsburg 8761 - 8230

Residenz-Theater

Mittwoch

Im Himmel und auf Erden (1/8)

Gräfin Mariza (1/8)

Donnerstag

Gräfin Mariza (1/8)